

Dorwärts

Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Montag
16. Februar 1925

Berlin und Anzeigenabteilung:
Geschäftstext: 9-6 Uhr
Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bereichert Euch!

Der Rechtsblock — eine Organisation zur Verraubung des Volkes.

Die Ruhrindustrie hat vom Reichsfinanzministerium, unter der Verantwortung der Herren Luther und Stresemann, 700 Millionen Entschädigung erhalten. 700 Millionen Steuergelder, die der Staat dem unter der Not leidenden Volke nur in der äußersten Notlage des Staates, nur für die Zwecke des Staates selbst nehmen durfte, sind der reichsten und mächtigsten Industriegruppe des Landes geschenkt worden. Diese Handlung ist aufs tiefste unmoralisch. Sie ist nicht in Einklang zu bringen mit der Staatsmoral. Die Herren, die für diese vom Parlament nicht kontrollierte Verwendung verantwortlich sind, haben das Besteuerungsrecht des Staates mißbraucht, um eine Gruppe von Privatleuten zu bereichern.

Man rede uns nicht von moralischer Pflicht zum Schadenersatz! Zum Schadenersatz gehört der Schadenersatz. Die Gruppe, um die es sich handelt, ist in der trübsten Zeit Deutschlands überreich und übermächtig geworden. Sie hat sich selbst auf Kosten des Reiches, auf Kosten des ganzen Volkes schadlos gehalten. Von allen Seiten strömten ihr Gelder zu. Wo ist ihre Abrechnung? Wo ist die Abrechnung der Regierung über die Gesamtsummen, die diese Gruppe erhalten hat? Die Regierung überläßt es der Presse und einzelnen Parlamentariern, diese Dinge unerschützt offenzulegen. Allmählich rundet sich das Bild, und man erkennt, wie diese Gruppe das „Bereichert Euch!“ verstanden hat.

Das „Berliner Tageblatt“ erwidert sich ein großes Verdienst, daß es in diesen ungeheuren Skandal hineinkucktet. Wir stellen in kurzer Uebersicht zusammen, worum es sich handelt.

Die Quellen der Bereicherung.

An den Zuschüssen des Reichs während des Ruhrkampfes waren beteiligt das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsfinanzministerium. Folgende Organisationsformen waren dazu geschaffen worden:

1. Die Hifa.
2. Die Kredithilfe für die besetzten Gebiete.
3. Die Lohnsicherungsorganisation.
4. Die Stahlfinanzkasse.
5. Die Bergbaukasse.

Für 1 und 2 war das Reichswirtschaftsministerium zuständig, für 3 das Reichsarbeitsministerium, für 4 und 5 das Reichsfinanzministerium.

Dazu schreibt das „B. T.“: Man hatte damals während des passiven Widerstandes natürlich alles Interesse daran, die Arbeiter weiter zu beschäftigen und ihnen ihr bisheriges Einkommen zu garantieren, um die Betriebe in Gang zu halten und soziale Unruhen zu vermeiden. Insofern war die Lohnsicherung und erst recht die Erwerbslosenfürsorge berechtigt. Nicht berechtigt war die Lohnsicherung für den Fall, daß die Unternehmer diese geschenkten Reichsgelder dazu benutzten, ihre Betriebe zu ergänzen, zu erweitern und Neuanlagen zu schaffen. Sind diese Fälle vorgekommen? Biersack. Wir begnügen uns für heute, zunächst ohne Namen zu nennen, einen typischen Fall aus dem uns vorliegenden Material herauszugreifen:

Ein schwerindustrieller Eisen-, Stahl- und Kohlenkonzern hat aus den ihm so überreichlich zufließenden Reichsgeldern (Papiermarktkrediten und Lohnsicherungssummen) nicht weniger als folgende Neuanlagen geschaffen:

Verschiedene Walzenstraßen, eine Verzinkanstalt, eine Gas-Schmelzherd, eine Gaszufuhrleitung in einer Länge von über dreißig Kilometern, eine Erweiterung der Gasanlage und den Neubau von zwei Direktorenvillen und den Ankauf mehrerer Häuser. Das macht, alles in allem, beträchtliche Goldmillionen aus, die für diese angeblich unproduktiven Arbeiten, letzten Endes auf Reichskosten, verausgabt worden sind.

Wie der Soz. Pressedienst dazu mittelst, handelt es sich um die Firma Thyssen. Dieselbe Firma Thyssen, die selbst ihr Vermögen auf 1 Milliarde schätzt, die in der Zeit der deutschen Not um Hunderte von Goldmillionen sich bereichert hat.

Die Lohnsicherungen haben also dazu gedient, daß Firmen wie die Firma Thyssen immer reicher, das Volk aber immer ärmer wurde!

Wo bleibt die Rechenschaftslegung?

Das Volk und der Reichstag als Vertretung des Volkes haben ein Recht, genaue Rechenschaft von der Regierung zu verlangen. Nicht nur über die Verwendung der 700 Millionen. Um diese 700 Millionen zu verstehen und richtig zu würdigen, muß man bis ins einzelne die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ruhrindustrie in der Vorgeschichte dieser Entschädigung kennen. Da handelt es sich um Milliarden von Goldmark.

Wo bleibt die Rechenschaftslegung? Das „Berliner Tageblatt“ fragt erneut:

1. In welchen Fällen ist die „Hifa“, wie es unter Ziffer 6 der Richtlinien für die Kredithilfe heißt, an den Erwinnen der mit Krediten bedachten Unternehmungen wirklich beteiligt worden?

2. Welche Summen sind vom Reichsfinanzministerium direkt oder von der Reichsbank indirekt als Lohnsicherungen für sogenannte unproduktive Arbeiten gegeben worden? Erforderlich dabei ist die Angabe des Berechnungsschlüssels (Kurs der Kölner oder der Berliner Börse) und Datum des Umrechnungskurses.

3. Welche Summen sind vom Reichsfinanzministerium oder, um es ganz präzise auszudrücken, von den dem Reichsfinanzministerium beigeordneten Finanzierungsstellen für die Stahl- und die Kohlenbergwerke gegeben worden? Erforderlich ist auch hier die Angabe des Berechnungsschlüssels (Kurs der Kölner oder der Berliner Börse) und Datum des Umrechnungskurses.

4. Wann, wie und ob überhaupt sind diese Papiermarktkredite zurückgezahlt und welche Goldmilliardenverluste sind dem Reiche aus diesen Lohnsicherungen in bar und aus den Papiermarktkrediten erwachsen?

5. In welchem Etatsstille sind diese Verlustsummen des Reiches ausgemessen worden?

Heute wird die Denkschrift der Regierung veröffentlicht. Sie schweigt über die Vorgeschichte des 700-Millionen-Skandals. Sie vermeidet die Rechenschaftslegung über die Zuwendungen des Reichs an die Ruhrindustrie während des Ruhrkampfes.

Die politischen Tatsachen sind die folgenden: als der Rechtskurs in Deutschland gesichert schien, haben die Schwerindustriellen der Schwerindustrie des Ruhrgebietes ein Geschenk von 700 Millionen gegeben. Sie hätten es niemals gewagt in einer Regierung, in der Sozialdemokraten saßen!

Um den Rechtsblock in den Sattel zu heben, haben die Schwerindustriellen die Rechtsparteien, die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei bei den Wahlen finanziert. Die Millionen, die sie gegeben haben, haben hundertsachen Zins getragen. Sie haben mit wenigen Wahlmillionen Hunderte von Millionen gekauft.

Die von der Schwerindustrie finanzierten Parteien bilden den Rechtsblock, der unter dem Feldgeschrei: Keine Sozialdemokraten in die Regierung! freie Bahn schaffen will für die brutale, räuberische, in notdürftig gesetzliche Formen gekleidete und hoch gefühlte Ausplünderung des Volkes.

Das ist der Sinn der Rechtsblockpolitik. Nieder mit dem Kontrollrecht des Parlaments! Pfeift auf das Wohl des Staates und des Volkes!

Bereichert Euch! Bereichert Euch!

Gemeindewahlen in Braunschweig.

Der Rechtsblock büßt 4300 Stimmen ein.

Braunschweig, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden im Freistaat Braunschweig die Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen statt. Das vorläufige Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 29 853, Kommunisten 5074, Demokraten 2639, Wirtschaftspartei 14 505, Nationale Einheitsliste 27 313, Bund der Invaliden und Witwen 838, Liste Volkswohl 1343, Nationalsozialisten 286. Die Wirtschaftspartei hatte ihre Liste mit der nationalen Einheitsliste verbunden. Von den 35 Sitzen des Stadtparlaments hatte bisher die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 13, Demokraten 6, Arbeiter, Sozialdemokraten 14 und Kommunisten 1 inne. Das neue Stadtparlament wird sich zusammensetzen aus 13 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Demokrat, 6 Wirtschaftsparteilern, 12 Vertretern des Rechtsblocks und einem Vertreter der Liste Volkswohl. Die vereinte Rechte, deren Wahlzettel der Stahlhelm übernommen hatte, büßte gegenüber der Wahl vom 7. Dezember 4300 Stimmen ein, während die SPD nur 1200 Stimmen verlor. Der Verlust ist auf schlechtere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Im Laufe des Wahlsonntags ist es mehrfach zu Zusammenstößen, vor allem zwischen Stahlhelmläufern und Kommunisten gekommen, so daß die Polizei verschiedentlich eingreifen mußte.

Braunschweig, 16. Februar. (M.B.) Bei der Stadtverordnetenwahl wurden abgegeben in Helmstedt für die Sozialdemokraten 2014, Kommunisten 424, Invalidenbund 448, Unpolitische Liste 1501, Liste Zentrum und Demokraten 1529, Vereinigte Wirtschaftsgruppen 2578 Stimmen, in Wolfenbüttel für die Sozialdemokraten 2373, Kommunisten 1053, Bürgerliche Einheitsliste 4791, Mittelstandsliste 792 Stimmen.

Braunschweig, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Braunschweig stieg bei den Stadtverordneten der Anteil der Sozialdemokratie an der Gesamtstimmenzahl von 26 Proz. am 4. Mai und 35,5 Proz. am 7. Dezember auf 38,3 Proz. Während die Sozialdemokratie seit der Wahl ihren Anteil an der Stimmzahl dauernd steigern konnte, geht die R.P.D. ständig zurück. Am 4. Mai erhielt sie in der Stadt Braunschweig 11 Proz. aller Stimmen, am 7. Dezember 6,3 Proz. und am 15. Februar nur noch 6,1 Proz. Auch die Stimmzahl der Rechtsparteien sank von 54,5 Proz. am 4. Mai und 52,6 Proz. am 7. Dezember auf 31 Proz. am 15. Februar. Der jetzige Nationalsozialist Sepp Dertter erhielt am Sonntag noch ganze 289 Stimmen und ist damit endgültig erledigt. — Das Wahlergebnis in der Stadt Wolfenbüttel ist folgendes: Sozialdemokratie 4 Sitze, Kommunisten 2, bürgerliche Einheitsliste 8 und Mittelstandsliste 1 Sitz. In der Stadt Blankenburg erhielten die Sozialdemokraten 4 Sitze, die Kommunisten 1, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5, der Mittelstand 4 und der Rentnerbund 1. Am Harzkreis Blankenburg haben die Sozialdemokraten die Mehrheit errungen; von 11 Kreisratsmitgliedern stellt die SPD sechs!

Der Aufmarsch der Landwirtschaft

Die Zollkampagne der Großagrarien.

Wieder ist die Große Landwirtschaftliche Woche, die vom 15. bis 21. Februar dauert, begonnen worden. Das Ereignis, das alljährlich die Führer landwirtschaftlicher Berufsorganisationen zu einer großen Zahl sachlicher Aussprachen, aber auch politischer Rundgebungen zusammenführt, gewinnt diesmal eine besondere Bedeutung durch die immer unverhüllter hervortretenden Machtheftreibungen der Reaktion, deren stärkster Träger die Führer der Großlandwirtschaft sind. Schon am Sonnabend haben die preussische Hauptlandwirtschaftskammer und der Reichslandbund die Öffentlichkeit mit einer Reihe von Resolutionen beglückt, die zeigen, wohin der Kurs geht. Abbauder Vermögenssteuern, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Zoll- und Steuerzuschuß für die Großlandwirtschaft, das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den sachlichen Wünschen, die hier vorgebracht wurden. Darüber hinaus ergeht sich die Entschliebung des Reichslandbundes in einer offenen Aufsehnung gegen den parlamentarischen Gedanken:

„Die Staatsvermehrung verlangt die Befestigung der Alleinherrschaft von parlamentarischen und Finanzcliquen, die unter der Maske des Massenwillens unser Staatswesen in schmerzhafter Weise auslaugen. Die Schaffung einer gleichberechtigten weiteren Kammer, die alle geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Gruppen des deutschen Volkes gebührend vertritt, ist dringend geboten. Staaten werden nur durch die Kräfte erhalten, durch die sie groß geworden sind.“

So heißt es in der Resolution des Reichslandbundes. Hinter den schlüssigen Phrasen verbirgt sich die unverhohlene Forderung nach der Beseitigung der Demokratie durch die Einführung eines ständischen Parlaments.

Die landwirtschaftliche Presse, die eine Reihe von Begrüßungsartikeln veröffentlicht, ist ganz auf den hohen Ton gestimmt: der Bauer ist der erste Mann im Staate. Kein Wort davon, daß die weit überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes heute ihr Brot durch die industrielle Produktion findet; kein Wort davon, daß nur innigste Hand-in-Hand-Arbeiten von Industrie und Landwirtschaft die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes bringen kann. Selbstverständlich schweigt man auch darüber, daß gerade das Gediehen des Bauernstandes von der Zahlungsfähigkeit und Kaufkraft der Arbeiterschaft in hohem Maße abhängt. Man hat Grund, diese Dinge zu verschweigen. Denn mit ihrer Erkenntnis würde das ganze Programm, das sich die Großlandwirtschaft unter Führung des Reichslandbundes gestellt hat, in sich zusammenbrechen. Haben doch wissenschaftliche Autoritäten von höchstem Rang übereinstimmend festgestellt, daß die Getreidezölle keineswegs eine Förderung der Landwirtschaft bedeuten. Vorübergehende Vorteile bringen sie höchstens der Drohlandwirtschaft, jedoch zum Schaden der dauernden Produktionsfähigkeit. Der Bauer aber, dessen wirtschaftliche Lage vornehmlich bestimmt ist durch billige Gesteuerkosten für Vieh und Viehprodukte, hat von dem jetzt propagierten läckenlosen Schutzoll nur Nachteile. Den großen landwirtschaftlichen Organisationen ist also der Bauer gar nicht „der erste Mann im Staate“; ihnen liegt nur der private Vorteil der Großgrundbesitzer am Herzen. Das den belten Bauernmassen zu verheimlichen, die Zollschutzkampagne bis zum äußersten zu entfalten, das ist der Sinn der großen Tagung!

Bezeichnend genug ist es, daß diese Forderungen von der Reichsregierung bereits in weitgehendem Maße geteilt werden. Reichsminister Luther hat auf der Königsberger Ostmesse bereits ein tiefes Kompliment vor der Landwirtschaft gemacht. Selbstverständlich konnte hinter ihm ein Mann nicht zurückstehen, der als Beauftragter der Deutschnationalen heute den Posten des Reichswirtschaftsministers bekleidet. Herr Reuhaus nahm Gelegenheit, in einer öffentlichen Rede vor den Ehrengästen der Königsberger Messe einige Aufschlüsse über die Zolltarifnovelle zu geben, die den hochschützöllnerischen Charakter dieser bisher geheim gehaltenen Vorlage nachdrücklich betonen. Weber um die gegenwärtige Wirtschaftslage noch um die allgemeine Preislage dürfe man sich kümmern, wenn man Schutzzölle einführen wolle, meint Herr Dr. Reuhaus. Wirtschaftliche Tatsachen sind also — wir verzeichnen das mit Genugtuung — für die Schutzollabsichten der Regierung nach keiner Richtung hin maßgebend. „Die Vorlage müsse so beschaffen sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige.“ Hat Herr Reuhaus auch daran gedacht, daß ein derartiger Gesichtspunkt die Arbeiterschaft zu der Forderung veranlassen könnte, Schutzmaßnahmen gegen die Konkurrenz ausländischer Arbeiter und Lohndrücker zu verlangen, wie sie jetzt und seit jeher von der deutschen Landwirtschaft in Anspruch genommen wurden, wie sie unter anderem kürzlich die Bauunternehmer für ihren immer noch unter starker Arbeitslosigkeit leidenden Gewerbebezirk gefordert haben?

Wenn die Arbeiterschaft diese Forderung in solchem Zusammenhang nicht stellt, so geschieht das nur deshalb, weil ein Unfuss nicht dadurch besser wird, daß man ihn selbst auch macht. Herr Reuhaus hat mit Recht darauf hingewiesen, daß unsere Zoll- und Handelsvertragspolitik uns wieder den Weltmarkt öffnen müsse. Wie das möglich ist, wenn

wir uns, unbekümmert um die Rücksicht auf Handelsvertrags-
abschlüsse, mit einer nur von innerpolitischen Rück-
sichten diktierten Schutzzollmauer umgeben, das ist
einigermassen rätselhaft. Kürzlich hat Professor Jastrow sehr
mit Recht betont, wir müssten in unserer Handelspolitik alles
vermeiden, was nach außen hin den Schluss zuließe, daß
wir uns vom Weltmarkt absperrten wollten. Hierzu
gehören in allererster Linie die Getreidezölle. Herr
Dr. Reuhaus, der sich um wissenschaftliche Gründe ebensowenig
kümmert wie um wirtschaftliche Tatsachen, hat in Königsberg
die Agrarzölle grundtätig gutgeheißen. Die Fachminister
des Bürgerkabinetts scheinen große Eile damit zu haben,
ihre Unfähigkeit vor aller Welt zu dokumentieren.

Man könnte diesen Eifer nicht begreifen, wenn nicht längst
bekannt wäre, daß die Zollwünsche der Agrarier in entschei-
dender Weise von dem Wunsche bestimmt sind, die wirt-
schaftliche und politische Machtstellung des
reaktionären Großgrundbesitzes wieder her-
zustellen. Aus den bisherigen Kundgebungen der Land-
bündler ergibt sich das mit aller Klarheit. Sie erkennen ganz
deutlich, daß ihre wirtschaftlichen, auf die Privilegierung des
Großgrundbesitzes hinauslaufenden Forderungen im kräftigsten
Gegensatz zu den gelauteten wirtschaftlichen Er-
fordernissen stehen. Denn ein Volk, das auf dem
Weltmarkt konkurrenzfähig sein will, das dazu einen starken
Inlandsmarkt und eine lebhafte Beschäftigung der Industrie
braucht, muß in erster Linie billiges Brot haben. Die
Höhe der Lebensmittelpreise bestimmen auf die Dauer bis zu
einem hohen Grade die Produktionskosten der Industrie.
Kann man es doch der Arbeiterschaft in keinem Falle zumuten,
zu den übrigen ihnen zugeordneten Steuerlasten noch den Zoll
auf Brotgetreide zu tragen, und das obendrein bei Löhnen,
die weit hinter denen des Auslandes zurückstehen. Einseitige
Bevorzugung der Großlandwirtschaft als bedeutet auf lange
Sicht hinaus eine Schmälerung der industriellen
Produktionsfähigkeit und vor allem unseres
Barenexportes, dessen Steigerung bei einem Defizit
der Handelsbilanz von rund 50 Proz. der Ausfuhr zwingendes
Gebot ist. Es ist daher nicht mehr als konsequent, obgleich auch
im Interesse der Gesamtwirtschaft widersinnig, wenn
die Organisationen der Großlandwirtschaft ebenso hartnäckig
an der Forderung nach Getreidezöllen festhalten, wie sie jedes
Zugeständnis bei Handelsvertragsverhandlungen auf Kosten
der Landwirtschaft ablehnen.

Aber hinter alledem verbirgt sich nur der rücksichts-
lose Wille zur Macht, zur Wiederherstellung des
Klassenstaates, zur Vernichtung aller demo-
kratischen Einrichtungen, die das deutsche Volk im
Gefolge des militärischen Zusammenbruches im Weltkrieg
geschaffen hat. Die Arbeiterschaft tut gut, aufzumerken auf
das, was die landwirtschaftlichen Organisationen jetzt auf ihr
Programm schreiben. „Beseitigung parlamentarischer und
finanzieller Aliquen“, sagt man, Auslieferung der
Regierung an die reaktionäre Rinderheile
meint man. Und dieses Streben findet nur allzuviel Unter-
stützung bei jenem Teil der Arbeiterschaft, der auf Moskauer
Befehl seinerseits alles tut, um die Vertreter der Demokratie
in Deutschland zu bekämpfen, den Kommunisten. Man muß
den Großagrariern dankbar sein, daß sie jetzt mit aller
wünschenswerten Deutlichkeit zeigen, worum es ihnen geht.
Die Sozialdemokratie wird daraus ihre Schlüsse zu ziehen
wissen.

Die Ruhrdenkschrift der Regierung.

Kritische Vorbemerkungen.

Die lang angekündigte Denkschrift der Reichsregierung über die
Ruhrkrisen ist endlich heute gegen Mittag dem Reichstag zugegan-
gen. Sie ist 84 Seiten stark, wovon allerdings fast 60 Seiten auf
die Wiedergabe von Dokumenten entfallen. Eine ausführliche Be-
sprechung der Denkschrift müssen wir uns selbstverständlich vor-
behalten.

Ich träume...

Aus dem literarischen Nachlaß von Kurt Eisner.

Wenn die Leute ihre Traumgedanken drucken lassen, so wollen
sie gemeinhin allerlei poetisches Sacharin über die Grenzen der
Wirklichkeit schmuggeln. Ich träume ganz nüchterne Prosa aus der
Zeitung einer Zukunft, in der es ein eifriges Geschäft der Staats-
anwälte sein wird, Menschen wegen politischer Täuschungsversuche
und Vorspiegelungen zu verhaften. ... Ich träume...

Auf der Straße wurde gestern ein Greis in erschöpftem Zustand
aufgefunden. Man ist auf der Spur der Frevler, die durch soziale
Pflichtverstoß das Verbrechen verschuldet haben.

Der Berliner Zoologische Garten ist durch ein höchst interessantes
Exemplar der osteuropäischen Fauna bereichert worden: einen preu-
ßischen Zimter. Es scheint das einzige Exemplar einer ausgestorbenen
Rasse zu sein, die einmal der Schrecken der Gegend gewesen sein soll.

Die seltene Strafe einer Verbannung wurde gestern von dem
höchsten Gerichtshof ausgesprochen. Der Beurteilte hatte Einzel-
heiten über Liebesbeziehungen einer Bürgerin erzählt.

Die 200 Familien der ehemaligen Aristokratie, deren Gold man
das erbliche Recht auf Bezug von Arbeitserzeugnissen gelassen hatte,
weil sie ohne dieses Privileg ungeachtet ihrer Entartung und Arbeits-
unfähigkeit hätten verhungern müssen, sind dem Erlöschen nahe. Sie
weigern sich, Kinder in die Welt zu setzen, um sie nicht der Schande
anzuschließen, von ihrem Reichtum zu leben.

Die Bogenzahl, die ein Schriftsteller innerhalb 10 Jahren drucken
und herausgeben darf, wurde vom Parlament auf 24 festgelegt. Eine
hörschriftliche Minderheit wünschte die Frist auf 30 Jahre zu er-
höhen, weil es unmöglich sei, innerhalb 10 Jahren 24 Bogen reifer,
reife Erzeugnisse herzubringen.

Nachdem nunmehr die Erfindung geglückt ist, die im Schloß ge-
lebte Phantasiearbeit unmittelbar automatisch in Wirklichkeiten um-
zusetzen, ergibt an das gesamte Publikum die dringende Mahnung,
bei den Träumen die äußerste Vorsicht und Besonnenheit walten
zu lassen.

Aus alten Quellen erfährt man von drei schrecklichen Seuchen:
Hunger, Wohnungsnot und Arbeitsqual. Welcher Art diese Krank-
heiten gewesen sind, was die Krankheitserreger waren, hat sich bisher
allen Bemühungen der Forschungen entzogen. Auch neuerliche Labo-
ratoriumsversuche, Hungergefühle — gemäß den alten Schilderun-
gen — zu erwecken, blieben ergebnislos.

Aber schon eine flüchtige Durchsicht bietet zu einigen
kritischen Bemerkungen Veranlassung. Viele Wochen hindurch ist
von der Reichsregierung die reaktionäre Presse mit der unwar-
haken Mitteilung gespeist worden, die sozialdemokratischen
Minister seien für die letzten Ruhrschädigungen mitver-
antwortlich. Die Denkschrift verzichtet darauf,
diese Lüge zu wiederholen. Ihre Darstellung beginnt erst
mit der Zeit nach Abbruch des passiven Wider-
standes. Damit wird zugegeben, daß der sozialdemokratische Reichs-
finanzminister Dr. Hüfner überhaupt nichts mit der Angelegen-
heit zu tun hat. Aber auch die Behauptungen bezüglich der übrigen
sozialdemokratischen Reichsminister fallen in sich zusammen, weil aus
der Darstellung klar ersichtlich ist, daß die damaligen Verhandlungen
des Reichskabinetts sich nur auf die Lieferung auf Grund der Ricum-
verträge bezogen, nicht aber auf das Gesamtproblem der Ent-
schädigung.

Im übrigen aber wird die Denkschrift diejenigen enttäuschen,
die geglaubt haben, daß die Reichsregierung neue Gesichts-
punkte zur Rechtfertigung ihres Verhaltens bringen würde. Die
beschleunigte Erstattung wird damit zu begründen versucht, daß die
Reparationsleistungen sehr viel größer gewesen sind, erheblich länger
durchgeführt wurden, als man ursprünglich angenommen hatte.
Nachdem die Reichsfinanzen sich gebessert hätten, seien deshalb die
Voraussetzungen gegeben gewesen, um die Verpflichtungen des Reichs
gegenüber der Wirtschaft des besetzten Gebiets abzudecken.

Daß die Reichsregierung mit der Auszahlung dieser Riesen-
beträge gesegwidrig gehandelt hat, wird bestritten. Die
Regierung habe entsprechend § 33 Abs. 1 der Haushaltsordnung ge-
handelt.

Noch bezeichnender aber ist die Tatsache, daß die Regierung auf
alle übrigen Fragen, insbesondere auf die Frage der An-
rechnung bereits früher erfolgter Leistungen keine Antwort gibt. Das gleiche gilt von der Lohngestal-
tung und der Arbeitszeitverlängerung und dem Ab-
bau der sozialen Lasten. Darüber schweigt sich die Denk-
schrift völlig aus. Ungenügend ist auch die Antwort bezüglich
des Gewinns aus den erhöhten Kohlenpreisen. Man kann
sich deshalb auch darüber nicht wundern, daß über die Unter-
verteilungen der Ruhrrentschädigungen die Denkschrift keine
Auskunft gibt.

Strafanzeige gegen den Staatsanwalt. Gegen die Pressekampagne der Staatsanwaltschaft.

Justizrat Dr. Löwenstein, der Vorsitzende der Strafrecht-
lichen Vereinigung der Berliner Anwaltschaft, schreibt uns:

„Der Amtliche Preussische Pressedienst verbreitet
die ihm „von zuständiger Stelle“ zugegangene Nachricht,
daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den Abgeordneten
Lange-Hegermann wegen Anschuldigung der Un-
treue und des Betruges zum Nachteil des Reichspostfiskus so-
wie gegen die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Engelbert
wegen der Anschuldigung des in Gemeinschaft mit Auisler be-
gangenen Betruges zum Nachteil der Seehandlung die ge-
richtliche Voruntersuchung eröffnet worden sei.“

Nach § 17 des Reichspressgesetzes dürfen amtliche Schriftstücke
eines Strafprozesses, und dahin gehört auch der Beschluß über
Eröffnung der Voruntersuchung, ihrem wesentlichen Inhalt nach
durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, bis dieselben in
öffentlicher Verhandlung kund gegeben sind, oder das Verfahren sein
Ende erreicht hat. Die Zuwiderhandlung ist strafbar.
Die amtlich verbreitete Nachricht stellt daher

eine neue Schmeichelei und überdies strafbare Indiskretion
dar mit der Behauptung des Falles betrauten Behörde dar, deren
strafrechtliche und disziplinarische Abhandlung in die
Bege geleitet worden ist.

Im übrigen sei zu dieser die Betroffenen in ihrer Ehre und
ihrem Ruf schwer schädigenden Publikation folgendes bemerkt:
Die Eröffnung der Voruntersuchung muß nach dem Gesetz § 160
Strafprozeßordnung vom Untersuchungsrichter in dem Umfange an-
geordnet werden, wie die Staatsanwaltschaft es beantragt. Der

Kunststreben der jungen Generation.

Ein nicht sozialisiertes Theater wird immer ein Geschäftstheater
sein. Die Auswahl der Stücke und Schauspiele richtet sich nicht
nach dem künstlerischen Wert, sondern nach dem voraussichtlichen
Kassenerfolg. Der Künstler mit ehrlichem Willen fühlt sich begrei-
dert, wenn er so gezwungen wird, dem Geschmack des Publikums
nachzuliegen, statt ihn zu bilden. Versuche, hierin Wandel zu
schaffen, schlagen fehl. Nur die „Junge Bühne“ hielt stand.
Sie ist eine Arbeitsgemeinschaft von Dichtern, Schauspielern und
Regisseuren, die ihre Kraft dem großen Wert unentgeltlich zur
Verfügung stellen. Dem ersten Streben der Vereinigung, deren
geistiges Haupt Moriz Seeler ist, verdanken wir die Aufführungen
„Waternord“ und „Anarchie in Sillian“ von Arnolt Bronnen,
„Olympia“ von Ernst Weiß, „Lebeteufel“ von Essig und gestern
„Prantrag erwacht“ oder „Die Hinterwälder“ von Karl
Judmayer.

Der Erfolg dieses „Stückes aus dem fernen Westen“, dessen
Uraufführung im Deutschen Theater stattfand, war stark um-
stritten. Es zeigt, mit gewaltigem dramatischen Wollen gestaltet,
die Tier- und Triebhaftigkeit von Menschen, die irgendwo fernab
der Zivilisation in Abgeschiedenheit hausen und nur auf sich an-
gewiesen sind. Extreme plagen aufeinander, Leidenschaften toben.
Ewiger Kampf um das Weib und um Geld. Der Trieb ist stärker
als das Gesetz, der Vater schändet die Tochter und ermordet sie,
und hält doch mit wüthender Zähigkeit an seinem verfluchten Leben
fest. Hehlichen Stoff behandelt D'Neill in seinem Einakter „Unter
dem taribischen Mond“, der in der Volksbühne gespielt wurde.
D'Neills Bilder sind lebendiger, Judmayer ist eistischer und
stellenweise verworren. Unverkennbar aber seine packende Gestal-
tungskraft, die in mächtigem Wurf Bilder von bleibendem Eindruck
schafft.

Unter den Darstellern war keiner, dessen Spiel nicht künstle-
rischen Genuss bereitet hätte. Walter Frank, Rudolf Forster, Leon-
hard Siedel und Gerda Müller waren die hervorstechendsten. Hätte
der Regisseur den technischen Apparat besser in der Hand gehabt —
der Szenenwechsel ging zu langsam — so wäre auch ihm unein-
geschränktes Lob zu spenden. Das Publikum geriet manchmal in
eine ausgeräumte Wüstenei, die hier deplaziert war. Man piff,
man jochte, man schrie, es wäre Karl May, aber der Beifall behielt
die Oberhand.

Paraffinöl und Barmathol. Einen entzückenden Hereinfall eines
Fachblattes registriert die „Wiener Arbeiter-Zeitung“. Das mit W-
wissenheit und Informationen diätende Wirtschaftsorgan „Die
Börse“ bringt einen „Ein industrieller Raubmord“ betitelten Artikel,
der den Zusammenbruch der Rütgers A.-G. behandelt. Das Kern-
stück dieses Artikels, eine Zuschrift eines (angeblich) ehemaligen Che-
mikers der Rütgers A.-G. spricht von einem Geheimkabinett, das
zum Vorteil gewisser Interessenten systematisch auf den Ruin des
Unternehmens hingearbeitet habe. Dann heißt es: „Die Ende 1923
fertiggestellte hochmoderne Imprägnierungsanlage für eichene
Kiefernholzarten und drehbare Schwelken war mit
Aufträgen überhäuft. ... Inzwischen reifte der Plan zur Errichtung
einer Paraffinölholzfabrik nach italienischem System. Da die

Richter hat nicht wie beim Haftbefehl das Recht auf eigene Führung
der Gründe.

Der Antrag auf Voruntersuchung gegen Justizrat Werthauer
war gleichzeitig mit dem Antrag auf dessen Verhaftung gestellt.
Der Richter hat den von ihm zu prüfenden Haftantrag ab-
gelehnt. Die Voruntersuchung mußte er eröffnen, auch wenn er
von der völligen Unschuld der Angeklagten fest überzeugt war.
Die Staatsanwaltschaft hat, nachdem durch den Justizminister eine
sorgfältige Nachprüfung seitens des Generalstaatsanwalts angeordnet
war, sich bei der Ablehnung ihres Haftantrags durch den Richter
beruhigt. Ich muß es als

eine geschwundene Irreführung der öffentlichen Meinung
bezeichnen, wenn durch die zwei Tage nach Ablehnung des Haft-
antrags erfolgte amtliche Bekanntgabe des die Voruntersuchung er-
öffnenden Beschlusses der falsche Anschein erweckt wird, als ob das
Gericht sich nachträglich von der Begründetheit der seitens
der Staatsanwaltschaft erhobenen Anschuldingen überzeugt habe,
während in Wahrheit nichts Neues geschehen ist,
und der Richter lediglich zugleich mit der Ablehnung des Haft-
antrages die Voruntersuchung eröffnet hat, wozu er ohne eigene
Prüfung gesetzlich verpflichtet war.“

Aus dieser Erklärung des Verteidigers Justizrat Werthauers
geht hervor, daß von Seiten der Anwälte Werthauers gegen die
Staatsanwaltschaft eine strafrechtliche Verfolgung ange-
strengt und eine disziplinarische Verfolgung beantragt worden ist.

Die Betrogenen wehren sich.

Die gestrige Protestversammlung des Hypotheken-
gläubiger- und Sparerschutzverbandes, Gau Berlin-
Brandenburg, gestaltete sich zu einer Kundgebung gegen die gewissen-
lose Politik der Deutschnationalen. Die Deutschnationalen und
Deutschpöplischen hatten den durch die Inflation vollständig aus-
geplünderten Mittelständlern versprochen, in der Regierung und den
Parlamenten sich für schärfste Aufwertung der entwerteten Reichs-
und Staatsanleihen, sowie der Pfandbriefe und Hypotheken einzuz-
setzen. Auch die Mitglieder des Sparerbundes hatten auf Grund
der großmäuligen Versprechungen treu und brav deutschnational
gewählt.

Es ist bei dem schönen Wollen geblieben, und die enttäuschten
deutschnationalen Sparer haben gestern ihrem empörten Herzen in
drastischer Weise Luft gemacht. Insbesondere der Hauptreferent
Professor Dr. Weger aus Heidelberg fand die schärfsten Worte
der Entrüstung und Empörung gegen die Rechtsregierung, die un-
erbittlich an einer Aufwertung von höchstens 15 Proz. festhält.

Der Redner erklärte, daß man nicht mehr gewillt, sich durch
Verhandlungen hinhalten zu lassen. Alle Argumente gegen eine
höhere Aufwertung sind nicht stichhaltig, speziell der Einwand, es
sei kein Geld da, ist eine faule Ausrede. Großindustrie und
Landwirtschaft haben sich unermesslich auf Kosten der
kleinen Sparer bereichert, und letztlich hat die Ruhrindustrie
noch 700 Millionen Mark bekommen. Die Aufwertungsfrage
ist kein Rückzahlungsproblem, sondern ein Anerkennungs- und Ver-
zinsungsproblem. Die Prozentzahlabfindung ist undistinkabel. Auch
der neue Gesetzentwurf über das Aufwertungsproblem sei
unannehmbar, da es sich kaum von der 3. Steuernotverordnung
unterscheidet. Es wird der Regierung und den Parlamenten der
schärfste Kampf angelagt. Sollten Regierung und Reichstag den
Besitzlichen Entwurf nicht annehmen, so soll in der Aufwertungsfrage
ein Volksentscheid herbeigeführt werden.

Die Zukunft des Parlaments und der Volksvertreter hängt
daran ab, wie sie sich zur Aufwertungsfrage stellen. Wenn die
Parlamentarier nicht das leisten, was man von ihnen verlangt,
so wird der Sparerbund eigene Abgeordnete in den
Reichstag entsenden.

Am Schluß der Kundgebung wurde eine scharfe Resolu-
tion gegen die Haltung der Reichsregierung in der
Frage der Aufwertung und ihr beharrliches Festhalten an der
3. Steuernotverordnung angenommen. Ferner wurden die Parteien
(Deutschnationale, Nationalistische, Zentrum) ermahnt,
ihren Wahlversprechungen nachzukommen und sich für die Wünsche
der Sparer einzusetzen.

Konzeptionierung auf Schwierigkeiten stieß, half man sich mit einer
sogenannten Versuchsanlage in großem Stille, die aber nur dann
rentabel sein konnte, wenn die Nebenprodukte entsprechend aus-
gewertet wurden; dies geschah in der Weise, daß die durch Ab-
spaltung der Verfallschläger bei den Großrinder-
maschinen gewonnenen sogenannten Schwarten nach Ver-
feuerung mit einer kalorischen Paraffinlösung direkt in die
Auswuchtsmaschine gelangen und nicht wie beim schwedischen Ver-
fahren im Einzelschnitt, sondern durch schwingende Span-
nrollen in einem ungeheuer ökonomischen Arbeitsprozess die Ver-
schweißung der Zündstreifen mit der Schachtel vornehmen.“ Und so
geht es fort mit Grazie und im wirren Durcheinander aller mög-
lichen technischen Fachausdrücke. Keines Paraffinöl. Zum Para-
ffinöl gefügt sich übrigens im weiteren Verlauf ein hochaktuelles
Barmathol. Es ist ferner die Rede von Refidualparaffin, das
durch „Glühkopfmotoren“ elektrolytisch extrahiert wird, von
Lokomotivvergäsern und schließlich von der amerikanischen
Firma James Stremhead, was zu deutsch „Strohkopf“ heißt.

Die Ergebnisse der neuesten Expedition von Koslow. Der
russische Forschungsreisende General Koslow, der vor kurzem von
seiner fünften Expedition nach Innerasien nach Petersburg zurück-
kehrte, gab in einem Vortrag einen Überblick über die Ergebnisse
seiner neuesten Forschungen in der „toten Stadt“ Chara-Choto. Er
hat drei verschiedene Gruppen von alten Begräbnisplätzen untersucht
und in den Grabhügeln Anlagen gefunden, die 2000 Jahre alt sind.
Die Grabhügel sind 30 bis 40 Fuß tief und enthalten wertwärdig
gebaut hölzerne Grabkammern, die Häusern mit zwei oder drei
Stockwerken ähneln. Bei der Tiefe war die Temperatur um den
Nullpunkt herum, und da der Boden in der Wüste sehr trocken ist,
war der Inhalt vorzüglich erhalten. Man fand seidene und wollene
Gewebe, kunstvolle Teppiche, Möbeln mit eingestrichen Menschen-
und Tierfiguren und uralte Schriftstücke. Außerdem wurden Gegen-
stände mit Bronze- und Goldschmuck von hohem künstlerischen Wert
ans Licht gefördert. Auch lange schwarze Zöpfe von Frauenhaar
fanden sich in den Gräbern. Manche dieser Funde sind einzigartig
und „ziehen den Vorhang von einem bisher unbekanntem Teil in der
Geschichte der Menschheit“. Man konnte Einflüsse der indischen,
byzantinischen und sogar griechischen Kunst feststellen. Ein großer
Teil der Funde ist bereits in Moskau und Petersburg angelangt;
mehr als 20 Kisten sind noch unterwegs. Auch große botanische und
zoologische Sammlungen hat Koslow mitgebracht.

Mathilde Mann, eine unserer besten Uebersetzerinnen aus den slawi-
schen Sprachen — sie hat u. a. auch „Kerbs“ übertragen —
ist in Moskau gestorben. Frau Mann war Professor an der Universität
in Kasan und wurde von der Universität kürzlich erst zum Dr. phil.
ehrenhalber ernannt.

Museumbesuch bei Müll. In den deutschen Galerien und Museen war
bisher der Besuch nur während der Tagesstunden üblich. Dadurch war vieler
Menschen, die im Berufsleben stehen, die Möglichkeit entzogen, auch in
die Museen zu kommen. Nunmehr hat man in Frankfurt a. M. auch Abends
besuche eingerichtet. Während der Abendstunden, in denen das Museum
geschlossen ist, wird ständiger Musik gegeben.

Für eine internationale Kabinetskonferenz bewilligte der amerikanische
Kongress 75 000 Dollar. Eine 50 Staaten sollen eingeladen werden.

Während der ganzen Rundgebung schaute man sich, den Namen der Partei auszusprechen, die diesen plumpen Volksschwindel begangen hatte. Es war meistens von dem Zentrum „Volksvertreter“ die Rede, abgesehen jeder Heißhörige sofort wußte, daß es sich um die Deutschnationalen handelt. Aus der Versammlung wurde zahlreich der Ruf nach dem Gesetzgeber der Später, Dr. Best, laut; doch über Dr. Best Lippen kam kein Sterbenswörtchen, und der Wunsch der Versammlung, Dr. Best sprechen zu hören, blieb unerfüllt. Der Herr ist nämlich deutschnational.

Handelskrieg mit Rumänien.

Die schon seit einiger Zeit sehr gespannten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien haben eine starke Zuspitzung erfahren. Die rumänische Regierung hat, um einen Druck auf Deutschland auszuüben, deutsches Eigentum in Rumänien mit Beschlagnahme ergriffen. Man muß damit rechnen, daß deutsche Vergütungsmassnahmen ergriffen werden. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat seine Ausführungen in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags heute nachmittag wegen dieser Vorgänge plötzlich abgebrochen. Eine amtliche Darstellung soll im Laufe des heutigen Tages die Öffentlichkeit über den deutsch-rumänischen Handelskrieg weiter aufklären. Bis zum Redaktionsschluss dieses Blattes war sie jedoch noch nicht erschienen.

Die „Untreue“ des Landrats.

Eine deutschnational-völkische Verleumdung zusammengebrochen.

Am letzten Sonnabend ist in Neu-Strelitz durch die Strafkammer ein Unrecht wieder gutgemacht worden, das gegen unseren Parteigenossen, den Landrat Dr. Foth, Anfang Oktober v. J. vor dem Schöffengericht geübt wurde. Dieses Schöffengericht hatte auf die Denunziation eines völkischen Rechtsanwalts hin den sozialdemokratischen Beamten wegen Betrugsversuches und Untreue im Amte zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Hatten schon vorher die Verdächtigungen gegen Foth in der ganzen deutschnationalen und deutschvölkischen Presse einen breiten Raum eingenommen, so gab das schöffengerichtliche Urteil erst recht Anlaß, über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ zu urteilen.

Die Ursache zu dem Prozeß war von per se sehr lächerlicher Bedeutungslosigkeit. Dr. Foth war seinerzeit von Berlin nach Strelitz berufen, um das dortige Amt zu verwalten. Ihm stand die 10 Zimmer umfassende Amtswohnung seines Vorgängers zur Verfügung, von der er jedoch nur einen Teil für sich in Anspruch nahm, mehrere andere Zimmer aber dem Amt für Bureauzwecke überließ. Vor seinem Einzug mußte die Wohnung auf Kosten des Amtes, das vertragsmäßig die Aufwandsentschädigung zu tragen hatte, renoviert werden. Ein Beschluß des Amtsausschusses, der die Mittel für diese Erneuerung bereitstellte, lag vor. Da jedoch die endgültige Erledigung sich längere Zeit hinzog, ordnete Foth an, daß zunächst drei Zimmer für Wohnzwecke in Stand gesetzt würden. Er veranlaßte die beteiligten Handwerker, spezialisierte Kostenschläge einzureichen. Ein Tapezierer, namens Berlin, war jedoch dazu nicht zu bewegen, da er die Bedeutung solcher Kostenschläge offensichtlich nicht begriff, viellecht auch wegen der dauernden Geldentwertung nur sehr schwer dazu in der Lage war.

Während der Arbeiten für die Amtswohnung hatte Berlin auch einige Nebenarbeiten für den Privat Haushalt Foths zu verrichten. Auf mehrfache Mahnungen, diese Privatarbeiten besonders zu liquidieren, reagierte der Tapezierer zunächst nicht, sondern erklärte heissäufig, er würde sie mit auf die Amtsbuchung setzen. Dagegen hat die Frau des Landrats, wie vor Gericht schon im Oktober festgestellt wurde, auf das entschiedenste protestiert und verlangt, daß ihr die Rechnung besonders zugestellt würde. Trotzdem hatte Berlin diese Privatarbeiten auf der Gesamtrechnung mit aufgeführt. Da nun bei der bureaukratischen Berechnung immerhin einige Zeit verging und mit jedem Tage die aufgesetzten Summen an Wert verloren, erhielt Dr. Foth auf Anfrage vom Ministerium die Genehmigung, den Betrag der Rechnung einstweilen zur Zahlung anweisen zu lassen und die Behebung der Unstimmigkeiten später vorzunehmen.

Als sich einige Zeit darauf Differenzen zwischen Berlin und dem Landrat ergaben, hat Berlin davon dem im Hause des Landrats untergebrachten völkischen Anwalt Dr. Müller Kenntnis gegeben, daß er Privatarbeiten für Foth auf die Rechnung des Amtes gesetzt hatte, und daß ihm diese Gesamtsumme vom Amte ausbezahlt worden sei. Der Nationalsozialist Müller suchte nun weiteres Material zu bekommen und reichte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den Landrat wegen „Betruges und Untreue“ ein. Die gesamte Differenz in der Rechnung machte einen Rest von etwa 2 Goldmark aus.

Die „Untreue“, deren sich Dr. Foth schuldig gemacht haben sollte, wurde darin erblickt, daß er aus den Beständen des Amtes Preussische Roggenbriefe gekauft und nicht zum Lagerstapel bar bezahlt haben sollte, wodurch er angeblich einen Gewinn erzielt hätte. Die Sache wurde schon vor dem Schöffengericht dahin aufgeklärt, daß Dr. Foth aus Vorlesung den Ankauf von Roggenrentenbriefen für das Amt veranlaßt hatte, um die Entwertung der Papiergeldbestände möglichst hintanzuhalten. Als dann plötzlich Bargeldmangel eintrat, mußten einzelne Roggenrentenbriefe verkauft werden. Er bot in einem solchen Falle, da die Sache eilig war, einen Roggenbrief den Beamten des Landratsamtes zum Kauf an, aber da er damit keinen Erfolg hatte, übernahm er selbst den Brief und ließ die Zahlung auf eine für ihn bereits fällige Gehaltsnachzahlung zum üblichen Kurse verrechnen. Wie sich später herausstellte, hat er dabei noch 40 Millionen Papiermark zuviel gezahlt, weil der Kassensbeamte sich im Kurse geirrt hatte. Schlimmstenfalls wäre die Differenz auch bei dem Umsatz der Roggenrente auf einige Goldmark zu bemessen gewesen.

So belanglos diese Kleinigkeiten an sich auch waren, hielt der Staatsanwalt nach der Beilegung der sozialdemokratischen Regierung es für notwendig, den Antrag des deutschvölkischen Anwaltes Dr. Müller zu berücksichtigen und das Strafverfahren einzuleiten. Allerdings kam er nicht umhin, den Tapezierer Berlin, der die falsche Rechnung ausgestellt hatte, wegen Betruges mit anzulagen. Und nun ergab sich die Ungeheuerlichkeit, daß der Denunziant Müller die Verteidigung des mit angeklagten Tapezierers selbst übernahm, ein Vorgang, der in der Geschichte der Anwaltspraxis wohl einzig dastehen dürfte.

Vor dem Landgericht, das am Sonnabend über die Sache in neuer Verhandlung zu befinden hatte, trat der Tapezierer jetzt als Zeuge auf und wollte seine Aussage, die er sorgfältig auf dem Papier vor sich hatte, verlesen. Als er daran verhindert wurde, erklärte er sich selbst für gedächtnislos und unfähig, im Zusammenhang auszusagen. Er könne sich auf die Einzelheiten nicht mehr besinnen. Man nahm dann seine papiererne Aussage unter die Lupe, und nun wurde festgestellt, daß er den Text durchaus nicht selbst angefertigt hatte, sondern daß er dabei juristische Hilfe gehabt

haben mußte. Sein völkischer Anwalt mußte als Zeuge zugeben, daß er seinem früheren Klienten die Zusammenstellung des Tatbestandes besorgt hatte!

Die neue Beweisaufnahme — bei der auch der frühere Staatsminister Freiherr v. Reibitz als Zeuge befragte, daß das Ministerium dem Landrat die einstweilige Auszahlung des Rechnungsbetrages unter Vorbehalt späterer Klarstellung genehmigt habe, um die Handwerker vor Verlust zu bewahren — ergab die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Anklage. Der Staatsanwalt mußte selbst die Freisprechung Dr. Foths beantragen, und diesem Antrage mußte, wie wir bereits kurz meldeten, das Gericht stattgeben. Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der Auslagen Foths für die zweite Instanz, wurden der Staatskasse auferlegt.

Wie im Falle Hermann, so hat auch im Falle unseres Genossen Dr. Foth die gesamte Rechtspresse den Namen eines sozialdemokratischen Beamten wochenlang durch den Schmutz gezogen. Von der Freisprechung und völligen Rehabilitierung Foths aber wird sie, wenn überhaupt, so doch nur ganz verstreut und nebenher Notiz nehmen. Die Verleumdungen werden ausgestreut, damit sie ihre Wirkung tun. Daß eine nachträgliche Richtigstellung erfolgt, liegt nicht in der Absicht der Verleumder.

Pied und Stolt.

Eine Ergänzung.

Wir haben am Sonntag eine Zuschrift aus Bremerhaven veröffentlicht, die das „makellose“ Leben des kommunistischen Landtagsabgeordneten und Sittenrichters Stolt behandelte. Der Mann, der über „Schwerbelastete“ Sozialdemokraten ziert, ist am 6. Juni 1912 wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern, also christlicher Handlungen, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem man lange Zeit ihm eine Nachsicht hatte zuteil werden lassen, die sich später bitter rächte.

Der Ehren-Stolt ist heute großer Mann bei den Kommunisten gemeinsam mit seinem Freunde Pied. Von letzterem war in der Zuschrift angenommen, daß der Ausschluß Stolt unter seinem Vorsitz als Bezirkssekretär in Bremen erfolgt sei. Wir werden nun heute darauf aufmerksam gemacht, daß Pied schon seit 1910 in Berlin angestellt, also 1912 nicht mehr Bezirkssekretär für Bremen (Nordwest) gewesen ist.

Diese Feststellung ändert natürlich nichts daran, daß der Ausschluß Stolt wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern tatsächlich erfolgt ist, und zwar von der zuständigen Organisation, nämlich dem Bezirksvorstand Nordwest.

Daß der Landtagsabgeordnete Pied von den Unterschlagungen Stolt und seinem damaligen Ausschluß aus der Sozialdemokratie keine Kenntnis haben sollte, ist allerdings kaum anzunehmen, da schon in der alten U.S.P. die Vorgänge oft besprochen wurden.

Die Mordpläne der Tscheka.

Attentate auf Spigel und Wirtschaftsführer.

B. S. Leipzig, 16. Februar.

Am heutigen fünften Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses wurde in der Vernehmung des Hauptangeklagten Reumann fortgeführt, und zwar wurde der Attentatsplan auf Hugo Stinnes erörtert. Reumann erklärte hierzu, daß, nachdem der Attentatsplan auf Seckel aufgegeben worden war, „Helmuth“ ihm den Auftrag erteilt habe, Hugo Stinnes zu erledigen, der als einflussreichster Mann in der deutschen Wirtschaft als einer der gefährlichsten Gegner der R.P.D. betrachtet werde. Reumann informierte darauf die Mitglieder seiner Gruppe Boege, Egon und Margies, und zwar beobachtete man zunächst das Berliner Quartier des Großindustriellen, das Hotel Eplanade. Gleichzeitig wollte man auch am Wohnort Stinnes, in Wühlheim a. d. Ruhr, Erkundigungen vornehmen lassen, und zu diesem Zweck beauftragte Reumann bei dem Leiter der kommunistischen Poststelle „Ernst“ die Ausstellung von Pässen zur Ausreise in die besetzten Gebiete. Tatsächlich haben bereits Boege und Egon solche Pässe, die natürlich gefälscht waren, bekommen, doch kam es nicht mehr zu ihrer Verwendung, da mittlerweile die Gruppe einige andere Aufträge erhielt, die angeht vorzugehen sollten.

Das Attentat auf Stinnes unterließ.

Statt dessen, so erklärte Reumann, habe er von „Helmuth“ den Auftrag erhalten, anlässlich des Metallarbeiterstreiks in Berlin, Anfang Januar 1924, den Vorsitzenden des Verbandes Berliner Metallindustriellen, von Borzig, zu erledigen, und zwar erklärte Reumann hierzu auf das bestimmteste, daß der Anschlag auf Borzig im Fünfterkopf erörtert worden sei. Über auch dieses Attentat gelangte nicht zur Ausführung, weil inzwischen, nachdem schon die Vorarbeiten der Gruppe eingeleitet waren, der Metallarbeiterstreik in Berlin zusammenbrach und infolgedessen von der Tat abgesehen wurde, und zwar aus der Erwägung heraus, daß bei der damaligen Verfassung der Berliner Metallarbeiterchaft eine Ermordung Borzigs keine revolutionäre Wirkung gehabt haben würde.

Ein weiterer Attentatsplan

bezog sich auf die früher in einem kommunistischen Verlagsbureau bei der „Bina“ angestellte 19jährige Stenotypistin Anna Jehnpfund, die vordem auch in der Zentrale der Partei und in der Bezirksleitung Berlin unter dem Namen „Annaliese Gerber“ beschäftigt war. „Helmuth“ soll ihre Erledigung empfohlen haben wegen Parteiverrat, und zwar im Zusammenhang mit einer polizeilichen Durchsuchung einer kommunistischen Buchhandlung. Reumann will sich vorbehalten haben, nachzuprüfen, ob das junge Mädchen wirklich Verrat getrieben hat. Er habe nicht die Absicht gehabt, die Jehnpfund zu erledigen, da er sie für ein junges Mädchen hielt, das sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt gewesen sei. Er ließ sich von Reus über die Tätigkeit der Jehnpfund Bericht erstatten und kam auf Grund des Berichts zu der Auffassung, daß sie nicht ernst zu nehmen sei. Im Einverständnis mit der Gruppe will er dann der Jehnpfund lediglich eine Warnung haben zukommen lassen.

Im Anschluß hieran kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Stoblenkoff, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, wobei der letztere den Vorsitzenden bittet, bis auf weiteres den

„Helmuth“ nicht als mit Stoblenkoff identisch zu betrachten.

Der Vorsitzende, Dr. Riedner, betont hierzu, daß Reumann von Anfang an Stoblenkoff als den „Helmuth“ bezeichnet habe, daß er, der Vorsitzende, aber bereit sei, dem Wunsche des Verteidigers Folge zu leisten. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt dann der Angeklagte Reumann weiter, daß „Helmuth“ seines Wissens die Mitglieder seiner Gruppe nicht kennengelernt habe, bis auf Egon, den er bestimmt einmal gesehen habe.

Das Verhör wendet sich dann

drei weiteren Attentatsplänen

zu, die zur Erledigung von drei Spiegeln, eines gewissen Jaucher in Heidelberg, eines gewissen Wegel in Stuttgart und des Fabrikanten Krenz in Jella-Wehls betrafen.

Es handelt sich dabei um die Verlegung der Tätigkeit der Reumannschen I-Gruppe nach Südwest. Wegen Einzelheiten sei er, Reumann, von „Helmuth“ und Wegel an den militärischen

Die Moral der Kommunisten, die einen wegen christlicher Handlungen aus der Sozialdemokratie ausgeschlossenen mit Führerstellung betraut, richtet sich von selbst.

Die Verleumder kneifen.

Reichslandtagspräsident Graf v. Kalckreuth hatte vor einiger Zeit in einer öffentlichen Versammlung den preussischen Ministerpräsidenten Gen. Braun einen christlichen deutschen Mann genannt. Zum großen Vergnügen der deutschnationalen Presse, die, wie die „Schlesische Tagespost“, über die Rede referierte. Gen. Braun hat nunmehr gegen den Grafen einen Strafantrag gestellt und in demselben Augenblick ist's mit dem Ruf der deutschnationalen Dreifachleuderer aus. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst unter den Verleumdern und Ehrabschneidern das große Wort führt, versucht die Verleumdungen Kalckreuths ungeschehen zu machen, indem sie behauptet, der Graf habe in der Versammlung überhaupt nicht vom preussischen Ministerpräsidenten gesprochen. Das ist die alte Praxis aller Verleumder. Wütig sind sie nur, so lange sie dem Objekt ihrer Behauptungen nicht gegenüberstehen. Werden sie gestiftet, dann entwickeln sie eine erbärmliche Feigheit.

Neue Franken-Panik.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das starke Sinken des Franken hat in den politischen Kreisen stark beunruhigend gewirkt. Im Laufe des Sonntag fanden unter dem Vorsitz von Herriot zwei Besprechungen statt. An der einen nahmen die Vertreter der Finanzkommission des Senats teil, der zweiten Besprechung wohnten der Finanzminister, der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer und verschiedene einflussreiche und in Finanzfragen erfahrene Abgeordnete bei. Bei diesen Besprechungen wurden verschiedene Maßnahmen erörtert, die aus der gegenwärtigen kritischen Lage herauszuholen sollen. Als Hauptursache des letzten Frankensinkens soll die Kapitalflucht angesehen worden sein. Infolgedessen will man verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Gründe, die die Kapitalisten zur Ueberführung ihrer Gelder ins Ausland bewegen, aus der Welt schaffen. So soll u. a. beabsichtigt sein, gewisse Kontrollvorschriften für die Einlösung der Kupons und die Beschränkung der Kapitalausfuhr abzuschaffen. Gleichzeitig aber soll die Strafe für Steuerhinterziehungen erhöht werden. Im Laufe der Debatte über das Finanzgesetz, das am Montag in der Kammer erörtert wird, werden Herriot und Finanzminister Clementel Erklärungen zur Valuta- und Finanzfrage und über die Absichten der Regierung abgeben.

Die katholischen Verbände in Frankreich veranstalteten am Sonntag Kundgebungen gegen die Vatikan-Politik Herriot's

Leiter von Südwest, „Walter“, der in Wirklichkeit Erich Wollenberg hieß, gemieden worden. Hinsichtlich des bekannnten Franz erfuhr Reumann von dem Sekretär der militärischen Abteilung „Alfred“ nähere Einzelheiten, der diese wieder von dem früheren Volksschullehrer Bfaff alias Dr. Winter aus Jella-Wehls erhalten hat. Auf Grund dieser Mitteilungen habe er von „Helmuth“ den Befehl bekommen, auch Krenz zu erledigen für den Fall, daß eigene Ermittlungen die Schuld des Betreffenden nachweisen würden.

Paris: Die Terrorgruppe sollte also nicht nur prominente Persönlichkeiten und Spigel, sondern auch solche Personen erledigen, deren Verhalten für das Parteinteresse schädlich war?

Angell: Jawohl. Die Fälle Jaucher und Wegel sind bereits in den schon genannten Rundschreiben der Oberbezirksleitung Südwest vom 28. Januar 1924 erwähnt worden.

Der Angell, Reumann schildert nun, wie man zunächst mit dem Hoch-Bogen nach Frankfurt a. M. fuhr. Die Gruppe hatte für die Reise 2000 Mark erhalten, und zwar in Dollar, von denen ein Teil vorher von Reus

in der russischen Botschaft ungewechselt

wurde, wobei der gute Kurs von 4,30 Mark für den Dollar bezahlt wurde. Unterwegs machte man in Jella-Wehls Halt, wo der Fabrikant Krenz wohnte. (Gegen Krenz schwebt eine gerichtliche Voruntersuchung, weil er verdächtig ist, in großen Mengen Waffen an die R.P.D. geliefert zu haben, von welcher wiederum er beschuldigt wird, Parteigelder in Höhe von etwa 20 000 M., die er zum Zwecke der Waffenbeschaffung erhalten hatte, unterschlagen zu haben.) In Jella-Wehls fand zwischen Reumann, Egon, „Alfred“ und einigen Funktionären eine Besprechung statt, in der von den Funktionären die Beschuldigungen gegen Krenz nach Angabe Reumanns bestätigt worden seien. Da Krenz sich aber gerade nicht in Jella-Wehls befand, sollte die Sache erst bei der Rückkehr aus Frankfurt erledigt werden.

Borj.: Was wollten Sie denn dann nun tun?

Angell: Ich hätte versucht, den Fall zu erledigen.

Borj.: Sie hätten also den Krenz getötet?

Angell: Das hätte von weiteren Ermittlungen abgehungen. Einen inneren Vorbehalt, die Tat nicht auszuführen, habe ich hier aber nicht gehabt. Ich hatte den

offenen Willen, Krenz zu erledigen,

wenn sich die Beschuldigungen gegen ihn als wahr erwiesen hätten. — Reumann sagte dann weiter, möglicherweise wäre er an dieser Absicht auch schwankend geworden, wenn ihm ein anderes Bild von Krenz entworfen worden wäre.

R.-M. Dr. Brandt: Beim Fall Seckel will der Angeklagte einen inneren Vorbehalt gehabt haben, bei den späteren Fällen jedoch nicht mehr. Aus welchem Grunde?

Angell: Infolge des Falles Seckel hatte ich Differenzen mit „Helmuth“. Ich mußte befürchten, daß ich denselben Weg gehen würde, auf den ich andere befördern sollte. Deshalb mußte ich nun etwas ernstliches tun. Die Fälle Stinnes, Borzig usw. waren mir durchaus ernst.

Borj.: Weshalb machen Sie diese Angaben in der Hauptverhandlung, während Sie in der Voruntersuchung nichts davon gesagt haben?

Angell: Ich möchte dazu folgendes erklären: Schon als die Partei mich ausgeschloß hatte, versuchte die Partei, sich durch Vertrauensmännern mit meiner Frau in Verbindung zu setzen, um sie zu veranlassen, meine Briefe auszuhändigen, die ich ihr aus dem Gefängnis schrieb. Angeblich wollte man so feststellen, wie es mit gehe, und man erklärte auch, die Partei werde für mich sorgen. Mir ist aber bekannt, daß man versucht hat,

miffliebige Personen im Gefängnis durch Zufassung verpflegter Nahrungsmittel zu beseitigen.

Heute würde ich natürlich von der R.P.D. oder ihr nahestehenden Personen nichts annehmen. Ich habe auch meine Frau dahin instruiert. Während meiner Untersuchungszeit in Berlin sind mir tatsächlich Lebensmittel angeboten worden, und zwar angeblich von Leuten aus der Reichsdruckerei, wo ich gearbeitet habe. Die Betreffenden hatten aber ihre Namen nicht genannt.

Die Verleumder aus Tradition.

Heute wie damals.

Neben der brutalen Gewalt, in deren Anwendung die konservativen stets Meister gewesen sind, haben sie auch schon immer die giftige Waffe der Verleumdung gegen ihre politischen Gegner skrupellos gehandhabt. Das vor allem dann, wenn sie zeitweilig in etwas von der politischen Macht abgedrängt waren. So nach 1848, in der Zeit, da die Revolution zwar niedergeschlagen war, in der man aber doch nothgedrungen den liberalen Ideen auch in Preußen noch teilweise Rechnung tragen mußte. Erst nach und nach lehrte man zu den alten Methoden zurück, zur nackten Gewalt, zu Unterdrückung aller Freiheiten, die man im „tolleu Jahr“ dem Volke hatte gewähren müssen. Vorläufig aber arbeitete man mit allen Mitteln der Verleumdung und Beschimpfung.

Dies geschah besonders durch das Blatt der Edelsten der Nation, die „Kreuzzeitung“, die das Privatleben bekannter demokratischer Persönlichkeiten beschmüßelte. Sie führte eine Rubrik „Zuschauer“, in der in der unanständigen Weise die politischen Gegner durch Tratsch und Klatsch bekämpft wurden. Hier einige Proben, die wir dem Buch F. Wendels „Das 19. Jahrhundert in der Karikatur“ entnehmen, zusammengestellt aus nur einem Monat:

„Herr Borchart amüßigte sich gestern in der „Esmeralda“ in Begleitung seiner Schwester Freundin. — Herr Eisner hat sein Stammlokal im Café de la Liberté aufgeschlagen und macht dort eine Hebe bedeutend den Hof. Herr Eisner scheint eine Passion für schöne Kellnerinnen zu haben. — Johann Jacobi macht in seiner Heiratsangelegenheit rüstige Fortschritte. — Gestern um 12 Uhr nachts sah man einige verummante Gestalten nach der Krausenstraße in die Halle ziehen. Leider mußte die Vermummung nichts. Es waren die Herren Bauer, Grün und Delitzscher. An der Tür der Halle überließen wir die Herren ihrem Amüsement. — Die Herren Waldeck und Berends fuhren am 18. März in einem offenen Wagen vom Friedrichshain kommend, durch die Königstraße und grüßten die „hoch“ schreiende Straßenschar sehr herablassend. — Der Kultusminister setzt seine Abendpromenaden unter den Linden fleißig fort. Auch vorgestern bemerkten wir ihn. Er promenierte allein nach dem Tor und auf dem Rückwege hatte er eine kleine Sädin am Arm, offenbar, um die Emanzipation praktisch zu zeigen. — Zum Abholen der Kusine in der Wallstraße begleitete der Kultusminister seinen Freund. Es schien jedoch Herrn von Berg keineswegs sehr angenehm, daß die schöne Herrin Robberius so viel Aufmerksamkeit widmete. Der Kultusminister ist ein Herzensbezwinger von seiner zartesten Jugend an bis zu Fräulein Spittler mit dem Sechzig-Taler-Kleid. —

In dieser Weise ging es weiter, ein halbes Jahr lang. Die Redaktion rühmte sich, durch diese schätzbare Art Mißtrauen und Zwieltacht in demokratische Kreise und Familien getragen zu haben. Der Unwille über diese Art, wie von dem Blatt der Gottesfurcht und frommen Sitte der politische Kampf geführt wurde, und der Ekel, selbst bei dem anständigeren Teil der eigenen Anhänger, stieg dermaßen, daß das Blatt sich schließlich doch genötigt sah, die Tendenz seiner Redaktionsführung etwas zu ändern. Heute ist das Funkenblatt nicht mehr allein; deutsch-nationale und schwerindustrielle Organe helfen bei der Schuld.

Der Kontrollbericht.

Militärkontrolle und Sicherheitsfrage.

Paris, 16. Februar. (W.T.B.) Der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission traf gestern in Paris ein und wurde sofort dem Militärischen Komitee in Versailles übermittelt. „Journal“ zufolge wird die Frage der teilweisen Veröffentlichung des Berichtes nicht eher ins Auge gefaßt werden, als bis er der Vorkonferenz vorliegt, was frühestens in etwa 20 Tagen der Fall sein dürfte. Der Bericht soll 70 Seiten umfassen.

Wenn das „Journal“ Recht hat, so ist von vollständiger Veröffentlichung dieses Berichtes, der die Vertragsverletzung der Weiterbefehlung Kölns „rechtfertigen“ soll, überhaupt nicht mehr die Rede. Und ob diese Anklageschrift dem vorläufig schon beurteilten auch nur teilweise bekanntgegeben wird, soll frühestens in 20 Tagen — nicht etwa beschlossen, sondern ins Auge gefaßt werden. So sieht die Abschaffung der Geheimdiplomatie aus, die dieser Frieden nach Woodrow Wilson bringen sollte.

Inzwischen wird in Pariser und Londoner Blättern wieder einmal viel über Sicherheitsfrage und Garantiepakt geschrieben, jenen Vertrag, durch den England Frankreichs Sicherheit garantieren soll. Der britische Außenminister Chamberlain hat im Unterhaus erklärt, daß irgendwelche offizielle Verhandlungen derartiger Natur mit irgend-

einem Staat nicht geführt werden. Daraus schließt man, daß inoffiziell verhandelt werde.

Wenn einmal die Ententemilitärkontrolle in Deutschland aufhört, dann hat der Völkerbund die weitere Befolgung der Versailles Entwaffnungsvorschriften zu überwachen — woraus sich nebenbei auch ergibt, wie bedeutungsvoll die Mitgliedschaft Deutschlands am Völkerbund sein wird. Obwohl der Zeitpunkt noch nicht sichtbar ist, wo die Völkerbundkontrolle und damit wohl auch die Mitwirkung Neutraler dabei einsetzt, hat der Völkerbund doch schon den (französischen) Präsidenten für diese spätere Behörde ernannt, ebenso wie die Präsidenten der Kontrollkommissionen für die anderen Ex-Bündelmächte. Dabei wird das kleine Deutschösterreich wieder einmal als der Rechtsnachfolger der großen Habsburgermonarchie behandelt — jetzt in dem Augenblick, wo derselbe Völkerbund durch sein Finanzkomitee (lauter Großbankiers) das dringende Hilfsgebet der wirtschaftlich zusammenbrechenden Alpenrepublik mit gehässigen Urteilen über die Durchführung der Sanierung „beantwortet“ hat.

Zu Präsidenten der militärischen Nachforschungskommission des Völkerbundes auf ein Jahr sind ernannt worden:

Für Deutschland der französische General Destier, für Deutschösterreich der italienische General Maricetti, für Bulgarien der schwedische Generalleutnant der Reserve Jungstedt und für Ungarn der englische Generalmajor Kirke.

Das Bedürfnis, die Sicherung des Friedens nicht den wechselnden Regierungen allein zu überlassen, hat im britischen Unterhaus zu einem liberal-sozialistischen Zusammenwirken geführt. Eine Anzahl führender englischer Abgeordneter der Liberalen und der Arbeiterpartei, darunter Snowden, Ben. Kenworthy, Johnson und Bonsonby, haben eine interfraktionelle Unterhausgruppe gebildet, um jede politische Entwürdigung zu bekämpfen, die den Weltfrieden gefährden könnte.

Was wird aus dem Genfer Sicherungsplan?

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die seit einiger Zeit zwischen der französischen und englischen Regierung nicht-offiziell geführten Verhandlungen über die Sicherheitsfrage sollen nach dem „Matin“ zu einer grundsätzlichen Verständigung über gewisse Modifikationen des Genfer Protokolls geführt haben. Man habe sich geeinigt, das in Genf in Aussicht genommene System gegenseitiger internationaler Garantien zunächst auf die westlichen Grenzen Deutschlands zu beschränken. Der Garantievertrag soll vorläufig Frankreich, England, Italien, Belgien, später auch Deutschland und Holland zu Partnern haben. Im Interesse der völligen Klärung der Situation habe man geglaubt, auf die Zuziehung Deutschlands nicht verzichten zu können, wenn auch nicht schon jetzt die Rede davon sein könne, da zunächst ein vollkommenes Einverständnis zwischen den Alliierten selbst erzielt werden müsse. Es sei beabsichtigt, die Ausdehnung des Vertrages auch auf die mitteleuropäischen und östlichen Grenzen Deutschlands in die Wege zu leiten. Es handle sich um die erste Etappe des in Genf beschlossenen Systems, dessen Realisierung bisher an dem Widerstande der englischen Dominions gescheitert sei.

Neue Anklagen General Morgans.

London, 15. Februar. (E.P.) Der General Morgan, ehemaliges englisches Mitglied der Militärkontrollkommission, veröffentlicht in der „Review of Reviews“ eine Antwort auf einen Artikel des Professors Förster, der ihn aufgefordert hatte, die Tatsachen bekannt zu geben, die die Kontrollkommission zu der Anklage berechtigt, die deutsche Regierung habe in der Entwaffnungsfrage ein Doppelspiel gespielt. General Morgan antwortet wie folgt:

1. Warum hat der Reichswehrminister sich seit fünf Jahren geweigert, der Kontrollkommission die Mannschaftstabellen und die Rekrutierungstabellen vorzulegen, die einzig und allein über die Zahl der unter die Fahnen gerufenen Leute Aufschluß geben könnte. Wenn die deutsche Regierung nichts zu verdecken hat, warum weicht sie diesen Anforderungen immer aus?
2. Warum hat der Reichswehrminister sich bis jetzt immer geweigert, uns die Register zu zeigen, auf denen die Kriegsproduktionen verzeichnet sind. Dieses Dokument allein könnte uns gestatten, einen Vergleich mit der deutschen Artillerie von 1919 anzustellen?
3. Warum besteht das Reichswehrministerium so sehr darauf, die großen militärischen Anlagen, wie Artillerieports, Munitionsparks, Munitionsdepots, Proviantlager und Pferdebestände zu behalten, die doch für die Bedürfnisse der früheren Armee eingerichtet waren?
4. Warum behält das Reichswehrministerium unter seinem Personal eine so große Anzahl von Offizieren und außerdem von Generalen für das Kommando der Militärbezirke?
5. Warum bekommen alle Hauptleute der Reichswehr, die mehr als zwei Jahre Dienst geleistet haben, den Sold eines Majors und die Beutnants den Sold eines Hauptmanns? Zu welchem Zwecke hält die deutsche Regierung die Feldwebel und Aspiranten aufrecht, und zwar in einer so großen Zahl, die die im Versailles Vertrag vorgesehenen Bedürfnisse um das

Dreifache übersteigt? Es gibt nur eine Erklärung, die Reichswehr stellt den Rahmen für eine ausdehnbare Armee dar. Die Frage, ob die Polizisten in Kasernen leben oder nicht, ob sie so oder so armiert sein sollen, ob je 20 Mann Anrecht auf ein Maschinengewehr haben oder nicht, ist nicht so bedeutend, als die Tatsache, daß die Polizei ein auswechselbares Element mit der Reichswehr (?) darstellt. Wahrheit ist es, daß hinter jedem Reichswehrsoldaten die Silhouette eines Polizisten steht. Wenn die Reichswehr wirklich so sehr reduziert ist, wie es die deutsche Regierung behauptet, warum ist denn die deutsche Regierung so verächtlich mit ihren Militärausgaben? Wenn die Regierung aber behauptet, nicht verschwenderisch zu sein, so bedeutet das, daß die Reichswehr stärker ist als sie sein sollte. Die Armee ist in Wirklichkeit so organisiert, daß es genügt, einen elektrischen Knopf zu drücken, um die Armee wieder so stark zu machen wie früher. 7. Die deutsche Regierung behauptet unaufhörlich, daß die Aufgabe der Kontrollkommission beendet sei, und daß nichts mehr zu entdecken ist, da der Versailles Vertrag ehrlich durchgeführt worden sei. Wie erklärt sie denn, daß, wenn ein polizeilicher Arbeiter ein geheimes Waffenlager entdeckt, dieser Arbeiter sofort verhaftet und zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt wird? Solche Beurteilungen sind zu Duzenden vorgekommen, doch haben diese Arbeiter nichts weiter getan, als an der Erfüllung des Versailles Vertrages mitgearbeitet. Wenn diese Waffenverheimlichungen von der deutschen Regierung nicht gutgeheißen werden, warum werden dann die Arbeiter, die diese entdecken, bestraft und wegschickelt, die Industriellen, die diese Lager anlegen, in Freiheit gelassen?

Diese Antwort ist, falls die obige telegraphische Zusammenfassung ihren wesentlichen Inhalt richtig wiedergibt, etwas dürftig, gemessen an den schweren allgemeinen Anklagen, die derselbe Morgan vor zwei Monaten in der „Quarterly Review“ veröffentlicht hatte und die damals ein so großes Aufsehen erregten. Einige Punkte mögen wohl bedenklich sein, andere wiederum zeugen von einer sehr oberflächlichen und mangelhaften Kenntnis der ganzen Frage; insbesondere sind es nur billige Redensarten, wenn man die Sicherheitspolizei als ein „auswechselbares Element mit der Reichswehr“ hinstellt, und wenn man behauptet, es genüge auf „einen elektrischen Knopf“ zu drücken, um die deutsche Armee wieder so stark (!) wie früher zu machen. Die letzte Frage dagegen, die der Landesverratsprozesse, bestätigt, trotz ihrer äußerst ungeheuerlichen Formulierung, das, was wir stets gesagt haben: daß die bloße Tatsache der Landesverratsverfahren den schlimmsten Landesverrat bildet, weil sie nicht anders gedeutet werden kann, als daß Deutschland schlimme Dinge um jeden Preis verheimlichen will.

Straßenkampf in Riga.

Faschisten überfallen Arbeitersportler.

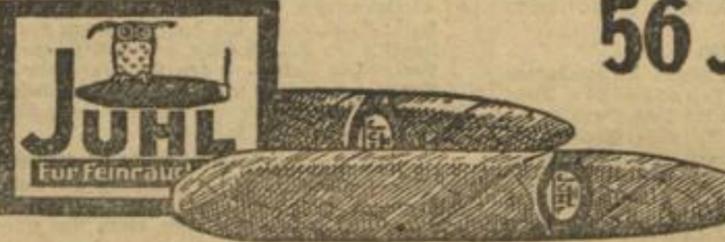
Riga, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu blutigen Kämpfen kam es zwischen 500 Arbeitersportlern, die sozialdemokratische Flugblätter auf den Straßen verteilten, und Faschisten vom Nationalen Klub. Beide Parteien hatten viele Verwundete. Der Arbeiter-sportler Kalka wurde getötet. Die Arbeitersportler blieben schließlich Herren der Lage.

Misserand wird für den durch den Tod des Senators Rapin freigewordenen Senatssitz des Seine-Departements kandidieren. Es dürfte einen harten Kampf gegen diesen Exreaktionär geben.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Gahrman; Gesellschaftsberichter: Friedr. Gahrman; Redaktionen: R. G. Gahrman; Soziales und Sonstiges: Art. Karst; Anzeigen: Ed. Gleda; Anstalt in Berlin: Verlag: G. Gahrman; G. m. b. H. Berlin; Druck: G. Gahrman; Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Paul Gahrman & Co. Berlin SW. 68, Unter den Eichen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.



SEIT 1869



56 Jahre reicher Erfahrungen, genaueste Fachkunde und eingehendes Studium geben den aus edelsten ROHTABAKEN gefertigten

JUHL Zigarren jene Eigenart köstlichen Genusses und anregender Bekömmlichkeit gleichviel ob Konsum- oder Luxuspreisklasse

HERSTELLER: PAUL JUHL TABAKINDUSTRIE-GES. BERLIN-PANKOW

Theater am Kottbuser Tor. Tägl. 8 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr. **Elie - Sänger.** Der Gipfel des Humors: Die Basse der Panduro! Vollständliche Preise.

Reichshallen-Theater. Altabend 8 U. u. Sonntag nachm. 3 Uhr. **Siedler Sänger.** Nachmittags halbe Preise volles Programm. **Dönhoff-Brett's: Familien-Varieté.** Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

Gardinen Verkauf R. Witte, Wilmersdorfer Str. 66a, erste Etage. Kein Laden! Konkurrenzlos billig kaufen Sie im Frägnegeschäft! Reiche Auswahl in Bettvorlegern, Brücken, Tisch- und Divandecoren. Beschichtigung ohne Kaufzwang! Käufererleichterung durch Anzahlung!

Taubenstr. 45 **URANIA** Taubenstr. 45. Vom 16. bis 19. Februar, 7 Uhr abends, vom 20. bis 22. Februar, 6 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends. **Filmvortrag COLUMBUS** der größte Dampfer Deutschlands 32 354 Br.-Reg.-Tonnen, Länge 236 m. Norddeutscher Lloyd Bremen. Vortragredner **obering. DREYER, Hannover.** Kartenvorverkauf: Theaterkasse Wertheim, Invalidendank. Näheres siehe auch Pakete.

Abessiner-Pumpen, Klären, Filter, Kranställe. Preisliste gratis. Kohlen & Co., Pumpenfabrik, Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 15.

Leiterwagen u. alle and. Transp. ort-erlöste Liefer. billigst. Großer Vorrat. **Georg Wagner** Köpenicker Str. 71. Alle Ladungsmögl. Keine Schaufenster-Reklame. Allwegens-lich billigere Preise.

Berliner Elektriker-Genossenschaft angehend. dem Verb. sozialer Baubetriebe **Berlin N 24, Eldsässer-Str. 86-88** Fernsprecher: Norden 1198. **Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4 - Tel. Pfalzburg 9831** Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel. Ausführung sämtl. Reparaturen. Preiswerte, gediegene Arbeit.

Möbel Speise-, Herren-, Schlaf-, zimmer, Küchen, Klub-, garnituren, Einzelmöbel äußerst preiswert. Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung. **S. Dorn, Berlin** Welteinstorstr. 9

Verkäufe Neumann-Wärmehöfen für Heizung und Gernere, Teilschubst. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme Emil Gahrman G. m. b. H., Friedrichstraße 55a, Berlin SW. 68. **Wohlanlagen, Gelegenheitskäufe, Ses. 912, 15 W. Schloßstr. 45.** **Einleum, Einleumläufer, 90 Zentimeter, 3,50. Einleumleppiche, Einleumlepperei, Bringenstraße 101, Berlin-Pankow 105 88.**

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Monatsanleihe, Leihhaus, Trummelstraße 3, Pankow, Berlin. **Wohlanlagen, Gelegenheitskäufe, Ses. 912, 15 W. Schloßstr. 45.** **Einleum, Einleumläufer, 90 Zentimeter, 3,50. Einleumleppiche, Einleumlepperei, Bringenstraße 101, Berlin-Pankow 105 88.**

Möbel **Wohlanlagen, Gelegenheitskäufe, Ses. 912, 15 W. Schloßstr. 45.** **Einleum, Einleumläufer, 90 Zentimeter, 3,50. Einleumleppiche, Einleumlepperei, Bringenstraße 101, Berlin-Pankow 105 88.**

Musikinstrumente **Wohlanlagen, Gelegenheitskäufe, Ses. 912, 15 W. Schloßstr. 45.** **Einleum, Einleumläufer, 90 Zentimeter, 3,50. Einleumleppiche, Einleumlepperei, Bringenstraße 101, Berlin-Pankow 105 88.**

„Straftaten“!

Wenn man von den Straftaten des täglichen Lebens spricht, so versteht man darunter nicht Mord, Raub und Einbruchdiebstahl, sondern die vielen Vergehen und Uebertretungen, Verletzungen und Verführungen des Alltags, das Straucheln über die Fuhängelein der Polizeiverordnungen. Polizei und Behörden sind auf dem Posten. Es regnet Anzeigen. Doch sind es nur allzu oft die Kernkern der Armen, die bestraft werden. Das ist eben das alte Lied und Leid, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt.

Tue recht und schäme niemand! Was ist Recht? Ein liebevolles Ehepaar hatte sich am 5. Oktober vorigen Jahres einen kleinen Hund gekauft. Am 7. und 8. Oktober zirkulierte bei den Mietern die Hausliste der Polizeibehörde. Auf dieser vermerkten die Eheleute auch den Besitz eines Hundes. Sie verblieben in dem guten Glauben, die rechtmäßige Anmeldung ihres Hundchens sei damit erfolgt. Zu ihrem Schrecken erhielten sie als Weihnachtsgeschenk eine polizeiliche Strafverfügung von 30 Mark. Da sich die Eheleute keiner Schuld bewußt waren, legten sie Berufung ein und beantragten gerichtliche Entscheidung. Der Einzelrichter des Amtsgerichts arbeitete in Eile. Er stellte fest, daß das Versehen nicht so groß sei, um eine Strafe von 30 Mark zu rechtfertigen. Das Gericht erkannte auf 5 Mark Geldstrafe. Die Eheleute erklärten, sie werden diese Strafe ermahnen, denn ein „ganz kleines“ Versehen treffe sie ja doch.

Der Pächter: Ein 59-jähriger Laubentkollist. Er hatte an den Rattenkämpftagen vom 22. und 23. November v. J. kein Rattengift ausgelegt. Deswegen erhielt er eine Strafverfügung von 10 Mark. Er legte aber Berufung ein, da er im November im Krankenhaus gewesen sei. Zu seiner Frau habe er gesagt, sie solle kein Gift legen, damit sie keinen Schaden anrichte. Wenn er aus dem Krankenhaus komme, dann wolle er sofort das Verfaulnis nachholen. Mitte Dezember habe er auch noch neun Ratten getötet. Das Gericht sah den Fall wohl als milde an, aber stützte sich auf den Grundsatz, daß an Rattenkämpftagen die Rattenvergiftung nur dann Erfolg habe, wenn jeder Eigentümer und Pächter an dem gleichen Tage Gift streue. Der Laubentkollist wurde wegen Uebertretung zu 7 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der nächste Angeklagte ist ein unvorsichtiger Kutscher. Er fuhr, um sich den Weg abzukürzen, über einen Aker. Der Besitzer erhob bei der Staatsanwaltschaft Anklage. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Mark Geldstrafe, da er gegen den § 368 des Strafgesetzbuchs verstoßen habe. Richter: „Damit ist die Verhandlung zu Ende. Es beginnt die Strafphase gegen den Schlächtermeister.“ Der Angeklagte hatte sich wegen Vergehens gegen die Gewerbeverordnungen zu verantworten. Ein Aufsichtsbekannter hatte an einem Sonntag vormittag festgestellt, daß gegen 10 Uhr noch Bier und Fleisch verkauft wurde. Wohl war die Kasse verschlossen. Die Kunden des Schlächtermeisters wurden durch die Wohnungstür der Privatwohnung hinausgelassen. Da nach der Gewerbeordnung die Geschäfte Sonntags zur Wahrung der Sonntagsruhe geschlossen sein müssen (es darf auch kein Verkauf stattfinden), erkannte das Gericht auf 15 Mark Geldstrafe.

Wegen Uebertretung der Polizeistunde waren ein Gastwirt und seine 15 Gäste angeklagt. Am Halbtags standen die 16 Angeklagten vor dem Einzelrichter. Man hatte Geburtstag gefeiert. Das Geburtstagskind hatte allerlei gespendet. Gegen 1 Uhr war man schon in einer falschen Stimmung, daß man gar nicht mehr an die Polizeistunde dachte. Gegen 2 Uhr kam ein Schupmann seines Weges daher, der sämtliche Gäste ausschickte und das Lokal räumte. Da sich der Gastwirt schon mehrmals wegen Polizeistundenübertretung vor dem gleichen Richter zu verantworten hatte, fragte ihn der Vorstehende, warum er immer wieder gegen die Polizeiverordnung verstoße. Prompt erwiderte der Angeklagte: „Der Wachtmeister hat ja daran Schuld!“ Damit meinte der Gastwirt: „Die Schupo kann mir ja aus dem Wege gehen.“ Das Gericht erkannte gegen den Gastwirt auf 40 Mark und gegen die 15 Gäste auf je 5 Mark Geldstrafe.

Daß ein Verlosungsstand ein steuerpflichtiges Unternehmen ist, vergaß eine arme Arbeiterfrau, die kürzlich auf einer Vergnügungsstätte im Norden Berlins eine kleine Verkaufsstube eröffnet hatte. Der Verlosungsstand war ihre einzige Ertragsquelle. Zufällig kam eines Sonntags der Steuerkontrolleur hinzu und verlangte die Steuerbescheinigung. Die Frau konnte nichts vorzeigen. Anzeige. Strafverfügung von 30 Mark! Berufung. Gerichtliche Entscheidung. „Soviel kann ich nicht bezahlen!“ beteuerte die Angeklagte. „Woher soll ich nur die 30 Mark nehmen? Ich bitte doch um mildernde Umstände!“ Sie findet auch Entgegenkommen. Das Gericht verhängte wegen Uebertretung nur 15 Mark Geldstrafe.

In der letzten Verhandlung wurde sich wegen unerlaubten Schankbetriebes auf einem Laubengelände ein 59-jähriger Arbeiter zu verantworten. Kriminalbeamte hatten festgestellt, daß in einer Laube Bier und Schnaps ausgehänkt wurde. Der Angeklagte hatte versprochen, um eine Genehmigung dafür beim zuständigen Polizeiamt nachzusuchen. Er erhielt 20 Mark Geldstrafe.

Richter: „Die Sitzung ist hiermit geschlossen!“ Nachdenklich verläßt man den Gerichtssaal.

Folgeschwere Prügeleien.

Am „Krug zum grünen Kranz“ in Treptow, Waldstr. 74, kam es Sonntag abends gegen 9 Uhr zu einer wüsten Schlägerei, nachdem der Wirt mehreren Gästen, die übermäßig karrten, kein Lokal verbotten hatte. Man alarmierte das Ueberfallkommando, das acht Teilnehmer festnahm und nach der Wache des 233. Polizeiregiments führte. Bei der Schlägerei sind mehrere Personen verletzt worden, am schwersten der 21 Jahre alte Dachdecker Otto Thomas aus Köpenick, dem die Pulsader am linken Handgelenk durchgeschnitten wurde. Er mußte nach dem Elisabeth-Hospital gebracht werden. — Um 11 1/2 Uhr nachts kam es in dem Lokal von Klübunde am Tegeeler Weg 26 zu einer Schlägerei zwischen einer Anzahl von Gästen. Das alarmierte Ueberfallkommando stellte vier Personen fest, die an der Schlägerei beteiligt waren. Schwer verletzt wurde die Frau des Gastwirts durch einen Hieb mit einem Schlagring am Kopf. rechten Auge und ihr Sohn durch mehrere Schläge am Kopf. Frau Klübunde mußte nach einer Augenheilung geschickt werden.

Die Tscheka-Partei demonstriert.

Die KPD. hatte gestern ihre Mitglieder erneut zu einer Provinz-demonstration bzw. zu einem „Roten Landtag“ aufgerufen. Diesmal war das Ziel der Demonstrationen Rauen und Potsdam. In Rauen selbst versammelten sich kaum 300 bis 400 Personen, die schon nach kurzer Zeit wieder den Ort verließen, um bei dem schönen Wetter Spaziergänge in die Umgegend zu unternehmen, während in R. o. m. a. w. es etwa 3000 bis 4000 Anhänger der KPD. zummentrafen. In der Lindenstraße wurden Ansprachen gehalten und die Kommunisten sperrten die nach Potsdam führende Straße vollständig, unterbanden auch den Straßenbahn- und Autoverkehr, so daß schließlich Schußpolizei eingreifen mußte. Als die Beamten zum Weitergehen aufforderten, drangen etwa 20 Mann des Roten Jung-

sturms mit Knüppeln und Peitschlagern auf die Polizei ein. Ein Oberwachmeister wurde durch Schläge mit einem Knüppel am Kopf verletzt und mußte später ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die übrigen Polizeibeamten griffen nimmer energisch ein, wobei mehrere Kommunisten verletzt wurden. Die Demonstranten marschierten dann nach Potsdam, wo am Baffin-Platz eine kurze Kundgebung stattfand und fuhrten dann, ohne daß es zu weiteren Zwischenfällen gekommen wäre, nach Berlin zurück.

Gegen das Befoldungsperrgesetz. Protest der Gemeindebeamten.

Eine im Neuen Schauspielhaus tagende Kreiserversammlung, die von Gemeindebeamten aus dem ganzen Reich besucht war, protestierte gestern vormittag gegen die Verlängerung des Befoldungsperrgesetzes über den 31. März d. J. hinaus.

Im Hauptreferat wandte sich Bundesdirektor Ehrmann vom Reichsbund der Kommunalbeamten und -Angestellten (Romba) besonders gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, die den Parlamenten die Notwendigkeit der Verlängerung beweisen soll. Das Reichsfinanzministerium hat offenbar die Absicht, durch seine Maßnahmen gegen die Kommunalbeamten auch die Reichs- und Staatsbeamten niederzuhalten. Mit Nachdruck forderte Herr Ehrmann wie auch der folgende Redner, Oberbürgermeister Cuno-Hagen, daß den Gemeindeverwaltungen die Selbstverwaltung wiedergegeben wird, auf deren Beseitigung man unzweifelhaft in den Regierungsstellen abzielt. Der Syndikus des Bundes, Rechtsanwalt Stegmann-Rüchsen sprach über die mangelnde Rechtsgrundlage des Gesetzes. Stadtmann Schick-Düsseldorf wandte sich gegen das Befoldungsperrgesetz, das eine Drangsalierung der Beamten des besetzten Gebietes durch die eigene Reichsregierung darstelle, die im Hinblick auf die Drangsalierungen der Besatzungsbehörden wirklich überflüssig sei. Die Versammlung erklärte sich schließlich einstimmig für eine Entschlieung, die u. a. folgendes besagt:

„Der deutschen Kommunalbeamten steht seit fast fünf Jahren jede Rechtsänderung in ihren elementarsten Lebensbelangen vorenthalten. Sie sieht sich täglich ungerechtfertigten Eingriffen ausgesetzt, die mit den durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechten der öffentlichen Beamten unvereinbar sind und den Glauben an Recht und Gerechtigkeit völlig zerstören. Eine Kette von hintereinander geschalteten Zuständigkeiten, ein Wirrsal von Staats- und Reichsaufsicht, deren Entscheidungen sich gegenseitig widersprechen und aufheben, läßt sie nicht zur Ruhe kommen. Immer neue Gründe werden hervorgebracht, um diesen in der deutschen Beamtenenschaft nie dagewesenen Zustand zu verlängern, obwohl erwiesen ist, daß die Befoldung unangemessen hoher Befoldung in der vom Reichsfinanzministerium beliebigen Verallgemeinerung falsch und unhaltbar ist. Die deutschen Kommunalbeamten verlangen von den regierenden Gewalten, insbesondere von Reichstag und Reichsrat, daß sie diesen seit fünf Jahren ertragenen Zustand qualender Unsicherheit und Entrechtung nicht länger bestehen lassen, um so mehr, als die für die letzte Verlängerung der Geltungsdauer des Befoldungsperrgesetzes bestimmend gewesenen Reichsbesetzungszuschüsse an Länder und Gemeinden bereits seit Jahresfrist fortgefallen sind. Die vom Reichsfinanzministerium neuerdings verfolgte Verquickung der Aufrechterhaltung des Befoldungsperrgesetzes mit dem Finanzausgleich ist ein sachlich nicht zu rechtfertigender Vorwand, um die deutsche Selbstverwaltung und ihre Beamten dauernd in die Fesseln einer reichsbureaucratischen, welfensfremden Aufsicht zu schlagen, die mit den durch die Reichsverfassung gewährleisteten Hoheitsrechten der Länder unvereinbar ist. Das Befoldungsperrgesetz hat sich als unbrauchbar, unwirtschaftlich und demoralisierend erwiesen und muß deshalb fallen.“

Wie bereits in der Sonnabend-Abendausgabe des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, analog dem Vorgehen unserer Reichstagsfraktion, den Antrag gestellt, daß der Reichstag bei den zuständigen Reichsbehörden die Aufhebung des Sperrgesetzes verlangen soll.

Der „Hauptmann von Grünau“. Die Geschichte eines Villeneinbruchs.

Nach fünf Jahren wurde jetzt von der Kriminalpolizei der Diebstahl einer ganzen Villeneinrichtung in Grünau aufgeklärt. Ein Metallwarenfabrikant in der Ritterstraße besitzt eine Villa in Grünau, die er früher nur im Sommer benutzte. Im Jahre 1920 stellte ihm das Wohnamt die Wahl, entweder seine Berliner oder die Grünauer Wohnung aufzugeben. Er entschied sich, dem Wohnamt die Villa zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung von vier Zimmern und Küche wurde in den beiden Hinterzimmern der Villa versteckt. Die beiden Vorderzimmer bezog ein Mann namens Brunn mit seinen beiden Söhnen und einer Wirtschafterin.

Als der Besitzer im Frühjahr 1921 nach Grünau kam, fand er von der ganzen Einrichtung der Villa nur noch ein paar alte Stiefel, die er bei der Gartenarbeit benutzt hatte, den Stiefelknopf und ein paar verrostete Nägel wieder. Sonst war alles verschwunden. Der Zwangsmieter, seine Söhne und seine Wirtschafterin versicherten, von dem Verbleib der Sachen nichts zu wissen. Der Bestohlene erfuhr im Laufe der Zeit, daß der Sohn Eduard Brunn, der jetzt 24 Jahre alt ist, nach Oberbayern gefahren sei. Er vermutete, daß der junge Mann die Einrichtung auf die Seite gebracht und verkauft habe, um mit dem Erbsitz in Oberbayern einen guten Tag zu leben, fuhr ihm nach und ermittelte ihn auch in einem Alpenort. Aber der junge Brunn besaß kein Geld und fristete sein Leben als Sennhirt. Im vergangenen Jahre lehrte er nach Berlin zurück. Hier praktizierte er nun wiederholt, wenn er etwas über den Dursf getrunken hatte, mit Streichen, die er früher verübt habe. So habe er im Jahre 1920 den „Hauptmann von Grünau“ gespielt und mit seinen Freunden die ganzen Lampen ausgedreht. Die Kriminalpolizei erfuhr von diesen Erzählungen und setzte mit neuen Ermittlungen ein. So gelang es endlich, festzustellen, was Brunn mit dem „Lampenausdrehen“ gemeint hatte. Er und seine Jugendgenossen hatten die ganze Umgebung der Villa zur Nachtzeit verdunkelt und die Einrichtung weggeschafft. Der Vater, der jüngere Sohn, damals noch ein Junge, und die Wirtschafterin wußten davon nichts gemerkt haben. Sie hätten sich, wie sie sagten, um die Hinterzimmer und was darin oder nicht darin war, niemals gekümmert. Eduard wurde verhaftet und gab nun auch den Diebstahl zu. Bei einem Rückblick in der Conventstraße zu Chorottenburg, der die Einrichtung gekauft hatte, fanden die Kriminalbeamten nur noch einen kleinen Teil der Sachen. Die Speisekammer Einrichtung, die im ganzen weiterverkauft worden war, entdeckten sie an einer anderen Stelle, ebenso die Schlafzimmereinrichtung, die aber beim jetzigen Besitzer wegen rückständiger Steuern gerade gepfändet worden war. Andere Sachen, so auch die Kücheneinrichtung, waren in einzelnen Stücken überall hin verkauft worden und sind verschwunden. Die Helfershelfer des Haupttäters sind zum größten Teil ebenfalls ermittelt.

Dreifacher Selbstmord.

In dem Hause Schloßelner Straße 34 hat sich gestern ein Drama abgespielt. Die 36-jährige Ehefrau Emma Lorens, der dreijährige Günther Lorens und die 72-jährige Witwe Emma Wischer wurden am Nachmittag in ihrem Bett liegend vergiftet tot aufgefunden. Welches Gift die Lebensmüden genommen haben, muß erst die Obduktion ergeben. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß sie freiwillig wegen zerrütteter Familienverhältnisse aus dem Leben geschieden sind.

Das Grubenunglück bei Dortmund. Noch Tote im Schacht.

Dortmund, 16. Februar. (W.Z.) Bis gestern abend 9 Uhr wurden weitere fünf Bergleute aus dem Schacht der Zeche „Minister Stein“ geborgen, so daß sich jetzt nur noch sieben Tote in der Grube befinden, zu denen man noch nicht gelangen konnte.

Eine gestern in Essen abgehaltene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter nahm eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß das Mitleid und die Sympathie für die Bergleute, die man in allen Kreisen seit dem Grubenunglück auf der Zeche „Minister Stein“ zeige, den Bergarbeitern nicht genügen können. Die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter nach einem auskömmlichen Lohn müßten endlich anerkannt werden. Der Mann, der die aufreibende und gefährlichste Arbeit verrichte, dürfe in seinem Einkommen nicht schlechter gestellt sein als andere Arbeitnehmer oder ein großer Teil der Beamtenschaft. Weiter sprach die Konferenz ihre Entschlieung über die sich immer mehr im Bergbau breit machende Unternehmerwut aus und forderte von der Regierung, daß sie die Unternehmer zwinge, den Bauern die im Schiedspruch vom Dezember 1924 ausgesprochene Lohnzulage zu gewähren. Bei Sympathieundgebungen allein dürfe es nicht bleiben. Schließlich forderte die Konferenz, daß alles getan werde, um Katastrophen wie das Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ zu verhüten.

Der französische Bergarbeiter-Verband hat für die Opfer der Bergwerkskatastrophe von Dortmund eine Sammlung eingeleitet. Der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund hat 1000 Franken nach Dortmund geschickt. Zur Bestattung der Opfer von Zeche „Minister Stein“ soll am nächsten Dienstag eine Delegation der Grubenarbeiter von Courrières entsandt werden, zur Erinnerung daran, daß vor 19 Jahren eine deutsche Rettungsmannschaft bei der großen französischen Grubenkatastrophe Hilfe leistete.

Schwerer Unfall auf einer belgischen Grube. Auf der St. Andreas-Grube im Hennegau hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Ein vollbesetzter Förderkorb stürzte in den Schacht, wobei acht Grubenarbeiter tödlich verletzt wurden.

Orkan in den bayerischen Alpen. Ein Eisenbahnzug vom Sturm umgeworfen.

In Bayerischen Alpenvorlande hat am Sonntag ein ungewöhnlicher Höhensturm bei strahlendem Sonnenschein und frühlinghafter Wärme gewütet. In München wurde eine Reihe von Bäumen umgerissen und erheblicher Schaden an den Häusern angerichtet. Mehrere Leute wurden von herabfallenden Ziegeln und umstürzenden Bäumen teilweise schwer verletzt. Besonders schweren Schaden richtete der Sturm im Gebirge an. Im Ressel des Wolchensees gab es eine direkte Verwüstung. Der bekannte Gahhof „Aur Post“ im Urfeld am Wolchensee büßte über die Hälfte seines Biechdaches ein, das wie ein Teppich am Haus herunterfiel. Die Straße am See war vollkommen unpassierbar. Die oberirdischen Bäume und Ziegel türzten fortwährend hinunter und rissen eine Menge von Freistruemmern mit sich. Telegraphen-, Telefon- und Lichtleitungen wurden umgerissen, so daß der gesamte Verkehr unterbrochen wurde. Auch im Gebiet des Eisees (Garmisch-Partenkirchen) tobte der Sturm in außerordentlicher Weise. Vom Hotel Eibsee wurden rund 450 Quadratmeter vom Dach abgehoben und in den nahen Wald zerstreut. Hier fielen dem Wüten des Sturmes nach oberflächlicher Schätzung rund 15 000 Quadratmeter Bäume zum Opfer. Die meisten Bäume wurden in der Mitte einfach abgeschnitten. In Ehrwald (Dösterreich) brach Großfeuer aus, dem fünf Häuser zum Opfer fielen. Einzelheiten darüber waren nicht zu erhalten, da die Telephonbrüche durch das Umwerfen zerstört worden sind. Auch die Telephonleitungen auf dem Observatorium auf der Zugspitze sind unterbrochen.

Salzburg, 15. Februar. (W.Z.) Der vor zwei Tagen eingetretene Föhn entwickelte sich heute zu einem außerordentlich heftigen Sturm, der an verfallenen Gebäuden Schaden anrichtete. Ein Personenzug der Salzammergut-Lokalbahn wurde auf der Strecke Isch-Sankt Wolfgang-Strobl vom Sturm erfasst und aus dem Gleise geworfen. Mehrere Wagen stürzten die Böschung hinunter. Dabei wurde ein Schaffner getötet, mehrere Eisenbahnangestellte und 15 Passagiere leicht verletzt. Ein an die Unfallstelle abgegangener Hilfszug mit Werkzeugen wurde ebenfalls vom Sturm erfasst und umgeworfen. Verletzt wurde dabei niemand. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind gebrochen.

Dammbruch auf der Bahnstrecke Effen-Süd-Effen-Stadtwaald. Auf der Strecke Effen-Süd-Stadtwaald rutschte bei Kilometer sechs in der Nähe der Walspurgstraße der 24 Meter hohe Eilenbahn dam m in einer Breite von 30 Metern ab. Der Betrieb wird einseitig aufrecht erhalten. Verspätungen bei allen Zügen sind in den nächsten Tagen unvermeidbar. Die Ausbesserungsarbeiten sind in die Wege geleitet.

Sturm auch in Norditalien.

Bei Cella an der Ligurischen Küste hat eine Wasserhose großen Schaden angerichtet. Ein Haus wurde weit fortgetragen und auf eine Bahnstrecke geworfen, so daß der Verkehr längere Zeit gesperrt war. Die Wasserhose war von einem starken Sturm begleitet, der auf einer Strecke von etwa 100 Metern alle Telegraphen- und Telefonleitungen niederriß. Auf den Feldern richtete der Orkan großen Schaden an. In Sanona wurden zwei Fabrikgebäude stark beschädigt und mehrere Häuser abgedeckt, die teilweise einstürzten. Im Hafen von Genua mußten die Ankerketten der Schiffe verstärkt werden. Die internationale Regatta konnte infolge des Sturmes nicht abgehalten werden.

Aus den oberitalienischen Boralpen wird der erste reichliche Schneefall dieses Winters und der Niedergang vieler Lawinen gemeldet. In den Bergmassen Tälern liegt der Schnee 1 Meter hoch. Aus dem Weißin wird außergewöhnlicher Schneefall gemeldet. Auf dem Bernina-Bah wütet ein heftiger Schneesturm. Der Bahnverkehr über die Bernina nach dem Engadin ist eingestellt. Die meisten Telephonlinien nach der Schweiz und nach Frankreich sind unterbrochen.

Lawinsturz auf die St. Gotthard-Bahn. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag verschüttete eine Lawine einen Teil der St. Gotthard-Eisenbahnlinie zwischen Umbrl und Miraflo auf einer Strecke von etwa 100 Metern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Kreis Steglitz, Witzschelke-Vorwahl. Kreisverhandlung Dienstag, 17. Februar an bekannter Stelle, ansonsten wie gewöhnlich 7 Uhr.
14. Wkt. Der unter Fräuleinverhandlung angeordnete Vortrag des Genossen Kühn über Witzschelke findet nicht statt. Die Genossinnen nehmen teil an dem Besprechungsabend des 17. Witzschelke.

Gewerkschaftsbewegung

Schlecht gespielte Naivität.

Den Kommunisten ist die „revolutionäre“ Hebelrolle gelungen. Zehntausende von Arbeitnehmern, die erst neu zur Gewerkschaftsbewegung gekommen waren, durch ihre Aktionen wieder ins Lager der Unorganisierten zu treiben. Die plötzliche Hochstimmung nach der Revolution, die den Gewerkschaften Millionen neuer Mitglieder brachte, wäre zwar auch ohne die Zellenbauerei, die Vergrößerung des Versammlungslebens und das ganze kommunistische Treiben zu einem guten Teil verebbt. Doch die Verwüstungen, die darüber hinaus unter den Mitgliederbeständen der Gewerkschaften erfolgten, sind der gemeinschaftlichen Gegenagitation der Kommunisten in den Betrieben, unter den Arbeitslosen und in den Gewerkschaftsversammlungen zuzuschreiben. Der Versuch, die von den Gewerkschaften abgeplatteten Massen, durch Provozierung des Ausschlusses kommunistischer „Führer“ und Rabauken aus ihren Gewerkschaften, die diese Massen „mitreißen“ sollten, für kommunistische Sonderorganisationen einzulassen, ist gescheitert. Die Herrschenden mußte ihre Taktik umstellen und ihre „Vorkämpfer“ für die Zersplitterung der Gewerkschaften, die Schumacher, Weger und Kaiser, aus ihrer Gewerkschaftsbewegung ausbooten. Die Parole der „Einheitsfront“, wie man sie in der kommunistischen Parteizentrale aufstufte, wurde propagiert und den Funktionären und Mitgliedern der SPD die Verpflichtung auferlegt, wieder in die Gewerkschaften einzutreten, um darin kommunistische Parteiarbeit zu verrichten. Der Zuwachs, der unter solchen Umständen den Gewerkschaften zugeführt werden soll, oder — nachdem die den SPD-Mitgliedern gestellte Frist abgelaufen ist — zugeführt wurde, ist für die Gewerkschaften von vornherein ein recht zweifelhafter Gewinn.

Die Massen, die ins Lager der Unorganisierten und teilweise sogar in das der Selben getrieben wurden, kann kein kommunistischer Parteibeschluß wieder zurückbringen. So selbst ein ganzer Teil der „Revolutionäre“, der die kommunistische Hege gegen die Gewerkschaften gefühlsmäßig als Heberzeugungslage aufgefaßt und sie nicht als Mittel zum Zweck erkannt hat, ist dem Parteibefehl nicht nachgekommen und hat sich dafür lieber aus der Partei ausschließen lassen. Die durch jahrelange üble Erfahrungen mit den Einheitsfront-Parolemachern gemäßigten Gewerkschaftsleitungen mühten tatsächlich aus den unfähigen Trotteln bestehen, als die sie von der SPD-Presse tagtäglich verleumdeter werden, wenn sie es unterlassen hätten, sich den ihnen von der SPD bescherten neuen Zuwachs etwas näher anzusehen.

Den Gewerkschaften ist jeder Arbeiter, jeder Angestellte willkommen, der sich in Reih und Glied stellt und im Sinne der Gewerkschaften mitarbeitet. Wer jedoch gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften jahrelang aufgepuscht ist und erst jetzt gegen die Gewerkschaftsleitungen, wer in die Gewerkschaft kommt, um kommunistische Parteiparolen zu verrichten, bedeutet für die praktische Gewerkschaftsarbeit und für die Gewerkschaftseinheit kein Gewinn. Kurzum, die Gewerkschaften sind gezwungen, erste Beitrittserklärungen kommunistischer Parteimitglieder zurückzuweisen. Das benutzte die „Rote Fahne“ zu einer gut gespielten fälschlichen Entrüstungsaktion, weil der Metallarbeiterverband einige solcher Beitrittserklärungen unter Hinweis auf seine Satzungen abgelehnt hat. Auch der 3dA. hat einer

Stenotypistin im Betrieb der „Roten Fahne“ die Aufnahme verweigert. Dem Fabrikarbeiterverband bzw. seinem Vorsitzenden Reimann wird zur Last gelegt, daß er sagte, man müsse bei Neuaufnahmen vorsichtig sein, um keine Verbändezerstörer in den Verband zu bekommen.

Wir sind der Meinung, es ist für die Gewerkschaften weit besser, wenn die „Rote Fahne“ sie beschimpft, weil sie ihren statistischen und sonstigen „reformistischen“ Verpflichtungen nachkommen, als daß die Gewerkschaften sich von neuem einem Kesselreiben der SPD innerhalb ihrer Reihen aussetzen, das lediglich dazu führte, daß auf jeden neuaufgenommenen SPD-Parolenmann mindestens ein Dutzend Austrittserklärungen kämen.

Die Gewerkschaften müssen es nach wie vor ablehnen, den Beschlüssen der SPD zu folgen.

Verhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, finden am Montag, den 23. Februar, freie Verhandlungen zwischen den bisherigen Trägern des Reichstarifvertrages für das deutsche Bankgewerbe statt.

Der Konflikt im Racheisengewerbe beigelegt.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter der Provinz Brandenburg am 12. Februar ist es zu einer neuen Lohnvereinbarung gekommen. Der geforderte Stundenlohn von 70 Pf. (Friedenslohn) und der volle Akkordtarif vom Jahre 1920 wurden von den Unternehmern akzeptiert. Der Streit drehte sich nur darum, wie lange die Vereinbarung gelten soll. Die Arbeitnehmer wollten einen zweimonatigen Abschluß für Februar und März, während die Fabrikanten eine Geltungsdauer bis 1. Juli forderten. Nach mehrstündigem Verhandeln wurde die Vereinbarung bis zum 30. April abgeschlossen. Wenn in der benachbarten Racheisindustrie (Sachsen) die Löhne am 1. April steigen, sind die Parteien verpflichtet, erneut zusammenzutreten und wegen der Bezahlung im Monat April zu beraten. Ueber den viel umstrittenen Lohnabzug vom Spitzenlohn von 10 Proz. in den kleineren Provinzorten soll erneut verhandelt werden. Bis zum 3. März sollen diese Verhandlungen erledigt sein, sonst wird ein paritätisches Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden, der ebenfalls durch den Schlichter der Provinz Brandenburg ernannt wird, endgültig entscheiden. Sämtliche Entscheidungen dieser Schiedskommission haben Rückwirkung ab 15. Februar. Ueber die Hilfsarbeiterlöhne soll brüchig verhandelt werden.

Soll der Junge Glaser werden?

Öftern steht vor der Tür und für viele Eltern ist es schwer, einen Beruf für ihren aus der Schule kommenden Sohn zu finden. Eine besondere Reizung, Glaser zu werden, wird wohl kaum ein Junge haben, es sei denn, daß er zeichnerisch gut veranlagt ist und sich der Bleiglaserei zuwenden will. Doch wird mancher Glaser werden, weil in anderen Berufen schwer unterzukommen ist. Bismöglich ist bei einzelnen Eltern noch die Auffassung vertreten, ein Glaser brauche wenig Kapital, um selbständig zu werden. Das ist natürlich falsch. Wie in allen Branchen kann auch in der Glaserei nur der bestehen, der über größeres Kapital verfügt. Heute übersteigt in Berlin z. B. die Zahl der „Selbständigen“ die Zahl der Gehilfen um mindestens ein Drittel. Wieviel von diesen „Selbständigen“ einen geringeren Verdienst, eine längere Arbeitszeit und mindestens dieselbe Arbeitslosigkeit (nach Meisterbegriffen) sind sie zwar nicht arbeitslos, sondern sie haben nur nichts zu tun wie die Gehilfen haben, soll hier nicht untersucht werden. Dreieinhalb bis vier Jahre soll nach Innungsbeschlüssen die Lehrzeit dauern. Bezahlt wird im ersten Jahr 6 Mk., im zweiten 7 Mk.,

im dritten 8 Mk. und im vierten Jahr 10 Mk. „Kostgeld“. Ob diese Beträge für das notwendige Fahrgehalt, für Nahrung und Kleidung oder gar als Entschädigung für die nach beendeter Lehrzeit sofort eintretende Arbeitslosigkeit gezahlt werden, konnte bisher nicht festgestellt werden. Tatsache ist aber, daß der größte Teil der Ausgelernten sofort nach Beendigung der Lehrzeit entlassen wird. Dann beginnt die Arbeitslosigkeit, die nicht nur wochen-, sondern monatelang dauert. Nach der Statistik des Arbeitsnachweises arbeiten seit 1919 nur rund 450 Glaser im Beruf. Rund 300 sind infolge der schlechten Lage im Beruf noch in anderen Branchen tätig. Sie können gern zum Beruf zurück, wenn Arbeitsmöglichkeit bestände. 1922 waren durchschnittlich pro Tag 66 Glaser arbeitslos. Volla drei Monate war die Höchstzahl 169. 1923 waren durchschnittlich pro Tag 170 Arbeitslose, die Höchstzahl betrug 379. In den ersten drei Monaten des Jahres 1924 ging diese Zahl auf 324 zurück und fiel dann bis Mitte November auf 15. Seit Mitte November ist die Zahl der Arbeitslosen wieder ständig gestiegen und beträgt jetzt 176, bei 450 im Beruf stehenden Glasern. Die Eltern müssen sich also wohl überlegen, ob sie dazu beitragen wollen diese Zahlen noch zu vergrößern durch ihre Söhne.

Nun zu den Löhnen. Zugegeben, daß gegenwärtig die Löhne der Glaser denen der anderen Berufe im Baugewerbe gleichstehen, sie zum Teil vielleicht sogar übersteigen. Es muß jedoch beachtet werden, daß kein Beruf im Baugewerbe so sehr Saisonberuf ist wie das Glasergewerbe. Sollten sich für die Zukunft die Verhältnisse bessern, dann werden auch die wieder zum Beruf zurückkehren, die heute noch anderswo beschäftigt sind oder Handel treiben. Es bedarf also keiner Bekehrungsblätter.

Jedenfalls ist es notwendig, daß Eltern, ehe sie ihren Jungen Glaser lernen lassen, sich mit der zustehenden Organisation in Verbindung setzen. Baugewerksbund Fachgruppe Glaser.

In Düsseldorf noch starke Opposition.

Düsseldorf, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf entfielen auf die Mosbacher Liste 657 Stimmen, auf die Moslauer nur 330.

Immerhin bedeutet auch dieses Resultat ein erfreuliches Zeichen fortschreitender Befundung der Gewerkschaften.

Forderungen der polnischen Gewerkschaften in Danzig.

Am 31. März d. J. läuft nach einer OE-Weisung die Frist ab, für die die deutschen Eisenbahner in Danzig von der deutschen Reichsregierung beurlaubt worden sind. Der polnische Gewerkschaftsverband in Danzig hat sich an die polnische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, in eine Verlängerung dieser Frist nicht einzustimmen und die freigewordenen Stellen mit polnischen Eisenbahnern zu besetzen. Ferner wird die Forderung gestellt, daß sämtliche frei werdenden Stellen in der Hafenverwaltung ausnahmslos mit polnischen Beamten und Arbeitern besetzt werden sollen, bis in der nationalen Zusammenlegung des Personals das Verhältnis 50:50 erreicht ist.



Heute beginnt

in den besonders kenntlich gemachten Geschäften die Ausgabe der Gratisdose VIM gegen unseren Gutschein



Sunlicht Gesellschaft A.-G.

Mannheim - Rheinau.